

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

290 (12.12.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Besuchspreis: Durch unsere Träger zugestellt 8.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 8.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 7.50 M monatlich. — Einzelzemplare 40 S.

Anzeige: Die einspaltige Kolonelleile 1.50 M. Die Restamezeile 6.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Reichskanzler und Reichswirtschaftsrat zur Kreditfrage

WTB. Berlin, 10. Dez. In der heutigen Sitzung des Reichswirtschaftsrats sagte der Reichskanzler u. a.: Ich bitte um die Verabschiedung des Antrages über die Kreditvereinbarung des deutschen Gewerbes. Mit der Verabschiedung des Entwurfes geben Sie der Regierung vorläufig ein Instrument in die Hand, ohne zu zeigen, auf welcher Grundlage etwa eine solche Kreditfrage gelöst werden könnte. Wir haben wiederholt öffentlich ausgesprochen, daß das Reich keine Verpflichtungen wohl nur dann werden abgeben können, wenn Kredit zu beschaffen sei. Schritte nach der Richtung hin sind offiziell und offiziell unternommen worden. Der Schwerpunkt liegt bei den Geldgebern irgendwo in der Welt. Aber gerade dieses Suchen nach Kredit und das ernsthaft Bemühen der Regierung, für Januar und Februar zu sorgen, hat eine größere politische Folgerung nach sich gezogen als vorher erwartet wurde. Aus der Kreditfrage ist eine Erörterung des Reparationsproblems hervorgegangen. Die Folgen der Weltjahrlungen haben die Wirtschaft und Finanzkrise der ganzen Welt in Bewegung gesetzt. Das Schicksal der deutschen Wirtschaft ist verbunden mit der Wirtschaft ganz Europas und damit mit der Weltwirtschaft. In dem Augenblick, wo in London steht auch in Verbindung mit französischen Wirtschaftlern und Politikern die Frage diskutiert wird, ist es wünschenswert, daß Sie ein Zeichen Ihrer Bereitwilligkeit geben, an der Kreditaktion mitzuwirken. Dr. Rathenau kann Ihnen in wenigen Tagen über seine Eindrücke in London Bericht erstatten. Ich meine nicht, daß jetzt der Augenblick da sei, bezüglich der Londoner Verhandlungen und der Schritte, die die Regierung wegen der Kreditvereinbarung hat, hier Auskunft zu geben. Die Vorlage muß vor Weihnachten verabschiedet werden. (Weif.)

Die Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife

Nach höhere Zuschläge vorgehen
Ueber die am 8. Dezember beschlossenen Postgebührenerhöhungen hinausgehend hat die Reichspostverwaltung nach Mitteilung der „Post. Ztg.“ den Regierungen der Länder eine neue Vorlage unterbreitet, die wesentlich höhere Tariffträge vorsieht. Diese sollen vom 1. Januar ab Gültigkeit haben. Die Postkarte soll darnach im Ortsverkehr 75 Pfg. und im Fernverkehr 1.25 M. kosten, die Gebühr für den Brief im Ortsverkehr 1.25 M., im Fernverkehr 2 M. Die Telegrammgebühren sollen jedes Wort auf 1 M. erhöht werden (Mindestgebühr 10 M.). Die Fernspreckgebühren sollen auf 100 Prozent gegenüber dem Gebührentarif vom 1. Oktober erhöht werden. Wie das Blatt weiter mitteilt, sollen auf dieser Grundlage auch die Eisenbahntarife ausgebaut werden. Der Fahrkilometer, der vor dem Kriege in der 3. Klasse 3, in der 2. Klasse 4 und in der 1. Klasse 7 Pfg. gekostet hat, wird nach den neuen Tarifen 60 bzw. 90 bzw. 140 M. kosten, d. i. 20mal so viel wie vor dem Kriege. Wie das Blatt weiter bemerkt, soll durch die neuen Gebührensätze unbedingt erreicht werden, daß die Staatsbetriebe keine Reichszuschüsse mehr erhalten.

Große Vorbilder für — Zwerge

Der Reichskanzler hat erst vor einigen Tagen vor den Berliner Presseleuten darauf hingewiesen, daß für Deutschland die schwersten Entscheidungen bevorstehen. Keine Ministerrede in irgend einem Parlament verflucht es, ein Wort dem Winter der Not und dem Winter der Entscheidung zu widmen. Die Volksmassen haben das nun schon sehr oft gehört. Unterdessen geht ein Tag vorüber wie der andere. Begehrlich, daß sich bereits in der Presse da und dort ein paar besonders klug sein wolende Leute schon über das „Wintermärchen“ lustig machen.

Man muß sich in Deutschland abgewöhnen, auf herzhafte und kühne Entschlüsse von innen heraus zu rechnen. Deutschland empfängt die Entscheidung von außen. „In Deiner Brust sind Deine Schicksalssterne“ — für kein Land gelten diese Worte heute weniger als für Deutschland. Monat um Monat ist seit der großen Ultimatumskrise im Mai ins Land gegangen, aber von irgend einem Herumreisen des Steuers, von irgend einem neuen Kurs, von irgend einer kühnen Tat war nichts zu beobachten. Gute Ausreden sind natürlich immer rasch zur Stelle. Die bequemste Ausrede ist die, Deutschland sei nun einmal durch den Versailler Frieden an Händen und Füßen gefesselt, die Schwierigkeiten seien zu groß. Ja gibt es denn nicht auch Schwierigkeiten in den Siegerländern? Heute bringen die deutschen Blätter durch die Bank Leitartikel über die Neuregelung des Verhältnisses zwischen England und Irland. „Lloyd Georges größter Sieg“, so und ähnlich lauten die Überschriften der Irlandaufsätze. Muß man es nicht schmerzhaft und bitter empfinden, wenn man sieht, daß in anderen Ländern Krienaufgaben mit erstaunlicher Kühnheit und Ausdauer bewältigt werden, während in Deutschland anscheinend alles in Kraftlosigkeit verfaßt? Die irische Frage war für England ein schier unlösbares und lebensgefährliches Problem. Der Bürgerkrieg tobte in Irland seit Jahr und Tag. Die Formen dieses Bürgerkrieges waren blutiger und grausamer als in Deutschland. Ein Ausgleich, eine Ausöhnung zwischen Lloyd George und De Valera, zwischen den englischen Imperialisten und den irischen Nationalisten, schien völlig ausgeschlossen. Und doch hat es die englische Staatskunst verstanden, das irische Problem nicht vor die Tür der Wunden zu bringen. Gewiß hängt noch viel davon ab, wie Ulster und Sinnfein auf der grünen Insel selbst sich auf der von Lloyd George geschaffenen Plattform vertragen werden. Gleichwohl hat England einen Erfolg in der Sache und einen Trumpf in der Hand, der Lloyd George, wenn er heute nach Washington geht, wertvolle Dienste leisten kann.

England ist der Sieger des Weltkrieges, aber das irische Problem war für diesen Sieger so fürchtbar und so gefährlich, wie es der Kampf ums Leben für den Besiegten des Weltkrieges, für Deutschland ist. Jeder Tag, jede Zeitungsausgabe, jede Nachricht aus der Welt der Entente predigt eindringlich dem deutschen Volk das berühmte alte Wort: „Süß dir selbst, dann bist dir Gott!“ Alle die Hoffnungen, auf Hilfe von draußen sind trügerisch. Die Hilfe, wenn sie kommt, ist ein zweischneidiges Ding. Die eine Schneide hilft und die andere schädigt zugleich. Das Moratorium, wenn es kommt, kommt mit einem Sach voll schwerster Bedingungen. Es kommt zugleich mit der Finanzkontrolle. Wir haben gleich am ersten Tage, als manche Leute die Nachricht von der kommenden Hilfe mit Entzücken lasen, gemerkt: keine Hilfe ohne Dornen! Wir haben sofort auf die bevorstehende Türckierung Deutschlands hingewiesen. Heute gibt es wohl kaum ein Blatt mehr, das nicht auf die Stacheln und Dornen der Ententehilfe hinweist. Fortwährend hört man davon, daß die wirtschaftliche Vernunft in der Welt marschiere. Wir glauben nicht daran. Es ist heute, wie es 1919 war: jedes Land der Entente jagt seine eigenen Vorteile. 1919 brauchte Deutschland dringend Lebensmittel. Die Amerikaner weigerten sich, etwas anderes in Zahlung zu nehmen als Gold oder Waren. Aber die Franzosen erlaubten nicht, daß Deutschland Gold oder Waren ausführte mit der Begründung, daß diese für die Reparation gebraucht würden. „In der Tat eine widerliche Geschichte!“ so der Engländer Gilbert Murray. Diese widerliche Geschichte haben wir auch heute noch und deshalb muß die Finanzkontrolle fürchterliche Folgen haben. Die Finanzkontrolle bedeutet eine neue Peinliche für die Arbeiter. Bisher hat die Entente noch ab und zu eine gewisse Unsicherheit gezeigt bei der Frage, ob sie das Reparationsproblem mit der deutschen Großindustrie oder mit den deutschen Gewerkschaften durchführen soll. Kommt es zur Finanzkontrolle, dann ist das Zusammengehen der Entente mit der deutschen Großindustrie selbstverständlich. Laufend Verbindungen zwischen den deutschen und den fremden Kapitalisten, Geschäftsverbindungen, gesellschaftliche Verbindungen, gleichartige politische Grundfassungen werden das Zusammengehen fördern. Die Arbeiter bezahlen die Hilfe der deutschen Kapitalisten bei der Finanzkontrolle.

Wäre die Erfassung der Sachwerte bisher nicht systematisch hintertrieben worden, dann stände das

Folgen des Kohlenmangels

Berlin, 10. Dez. Eine Versammlung der deutschen Gaswerkdirektoren beschäftigte sich heute in Berlin mit der katastrophalen Lage der Gasanstalten, die zum größten Teile nur für ein bis vier Tage Kohlen besitzen. Diese Kohlage der Gasanstalten hat ihre Ursache in der verschlechterten Wagenstellung. Außerdem sei auch die Kohlenförderung erheblich zurückgegangen. Bei den Berliner städtischen Gaswerken reiche der Bestand nur noch 5 Tage. Bei den Berliner städtischen Elektrizitätswerken und die Verhältnisse noch schlimmer.

Hamburg, 10. Dez. Wie die Eisenbahndirektion von Altona mitteilt, werden infolge Kohlenmangels vom 10. Dezember in der Richtung Hamburg-Dannover-Frankfurt a. M. die Tages-Züge und Sitzzüge ausfallen und nur noch Nachzügige verkehren.

Frankenthal, 9. Dez. Die Kohlenvorräte der Eisenbahnverwaltungen sind infolge ungenügenden Zulaukes in den letzten Tagen in einer Weise gesunken, daß der Zugverkehr sich in keiner Weise aufrecht erhalten lassen wird, und, falls keine wesentliche Besserung eintreten sollte, in Kürze mit Zug einschränkungen im Personenverkehr gerechnet werden muß.

Etwas über die ersten Tage des Kriegsbeginns

Eine Darstellung Vivianis über die Haltung Frankreichs

WTB. Paris, 11. Dez. Viviani hat nach Gadas in einer gedrungen Rede auf der Konferenz in Washington daran erinnert, daß das Abkommen zu Vieren sich auf ferne Gebiete beziehe. Er habe den Wunsch ausgesprochen, daß dieser Friedenswille auch auf andere Teile der Welt ausgebeutet werde. Frankreich habe seinerseits alles getan, um den Krieg zu vermeiden. Als Minister in jener kritischen Zeit, sagte Viviani, habe ich die einzig dastehende Verantwortlichkeit in der Geschichte übernommen, die französischen Truppen 10 Kilometer vor unserer Grenze zurückzunehmen. Ich habe einen Teil des französischen Rohens den Feinden preisgegeben, um den Konflikt zu vermeiden, in einem von Waffen starrenden Europa die Mobilisation anzuordnen. Ich habe bis zur letzten Stunde, bis zur letzten Minute gewartet, solange noch ein Hoffnungsschimmer übrig geblieben ist. Aber alsdann sind wir gezwungen worden, zu den Waffen zu greifen. Und Frankreich hat nicht nur gekämpft, um seine Unabhängigkeit zu verteidigen, sondern auch um die Freiheit der Welt und das Schicksal der Zivilisation zu retten.“ Er zählte auf America, sagte Viviani, daß es die europäischen Angelegenheiten mit Gerechtigkeit beurteile und Europa Vertrauen schenke.

Deutsche Finanzschiebungen

Berlin, 10. Dez. In einer Vollversammlung der Aktionäre der Aktionärsbank A.-G. wurde beschlossen, das Aktienkapital um 50 Millionen, auf 100 Millionen zu erhöhen und die neuen 50 Millionen Markt Aktien den alten Aktionären zu 125 Prozent zum Bezuge anzubieten.

Dresden, 10. Dez. Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Dresdener Bank genehmigte einstimmig, das Grundkapital um 200 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis von 4:7 zum Preise von 225 Prozent zum Bezuge angeboten werden.

Düsseldorf, 10. Dez. Der Allgemeine Bankverein A.-G. in Düsseldorf hat beim Amtsgericht die Anordnung der Geschäftsaufsicht beantragt. Die schwierige Lage, des Unternehmens ist durch verlustbringende Devisenkäufe einzelner Beamten entstanden. Die in die Wege geleitete Unterstützungsaktion war ungenügend, weil die inwärtigen veranlaßte Nachprüfung ergeben hat, daß auch bereits Verluste aus abgewickelten Devisenkäufen vorliegen. Ein genauer Ueberblick war aber zurzeit nicht zu erlangen, da die Geschäfte eine Klarstellung in allen Einzelheiten bedürfen. Diese soll nunmehr herbeigeführt werden.

Berliner Bandenwesen

WTB. Berlin, 10. Dez. Um Rache zu nehmen, erschienen heute nachmittags gegen 5 Uhr unter Vorantragung roter Fahnen etwa 300 junge Leute vor dem Edelkeller der Frau Rinne Vogel im Hause Adlerstraße 48. 50 von ihnen drangen in den Keller ein und verlangten die Herausgabe des Angefallenen, der vor einigen Tagen, am 8. ds. Mts., auf die Blünderer geschossen hatte. Gleichzeitig wurden von außen her zwei Schaufenster-scheiben des Trödlergeschäftes zertrümmert, ebenso die doppelte Eingangstür des Kellers. Zwei Schüsse, die von der Straße her in den Laden abgefeuert wurden, verfehlten glücklicherweise ihr Ziel. Als die herbeigerufenen Schupo erschien, war die ganze Bande bereits geflüchtet.

WTB. Berlin, 10. Dez. Im Reichswirtschaftsrat stand in der Frage der Kreditvereinbarung ein Kompromissantrag zur Debatte. In dem es heißt: Der Reparationsausgleichspräsident die Meinung aus, daß die Durchführung einer Kreditaktion auf Grund des Beschlusses zur Vollversammlung des Reichswirtschaftsrats eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist. Diese Kreditaktion ist zeitlich und dem Betrage nach zu beschränken. Entschlossene Maßnahmen gegen die innere Defizitwirtschaft im Reich und besonders bei den Reichsverkehrsunternehmen sind daneben mit größter Beschleunigung in die Wege zu setzen. Der Reparationsausgleichspräsident lehnt dagegen die Verquickung dieser und anderer als Bedingungen gestellten Forderungen mit der Kreditationsfrage ab. Die Beratung wurde auf Dienstag vertagt.

Weiter meldet M. nach den Berliner Morgenblättern vom Sonntag morgen:

Berlin, 11. Dez. Bei Beginn der gestrigen Kreditdebatte im Reichswirtschaftsrat wurde eine telefonische Mitteilung des Reichskanzlers bekannt gegeben, wonach ihm neue Nachrichten zugegangen sind, die es angebracht erscheinen lassen, daß in der Kreditaktion sich das Haus bis Dienstag vertage. Der Reichskanzler hoffe dann ergänzende Mitteilungen machen zu können.

Ein angeblicher Vorschlag Lloyd Georges

WTB. Paris, 11. Dez. Die „Chicago Tribune“ glaubt von einem Angebot Lloyd Georges an Briand zu wissen, das von dem von London mitgebracht habe. Dieses Angebot sehe eine Revision des Finanzabkommens vom 13. August und die Juteilung eines größeren Anteils der ersten deutschen Milliardenzahlungen an Frankreich vor. Ferner schlägt England vor, die Priorität der französischen Reparationsforderungen zugunsten der zerstörten Gebiete in weitem Umfang als bisher anzuerkennen. England werde schließlich für die deutsche Kriegsschulden deutsche Schulverreibungen in Zahlung nehmen, die bereits auf Grund des Londoner Zahlungsplanes ausgegeben seien. Falls der letztere revidiert werden sollte, würde England deutsche Schulverreibungen in Zahlung nehmen, die auf Grund des neuen Planes ausgegeben werden sollten. England wüßte, daß Deutschland in großem Umfang der Barzahlungen überheben werde, und daß die Zahlungen auf Grund des vorgeschlagenen neuen Abkommens im größten Maßstabe in Waren geleistet werden. England werde vermutlich ein gleiches Angebot bezüglich der deutschen Kriegsschulden an Italien und Belgien machen. Es sei indessen kein Vorschlag gemacht über ein gleiches Vorgehen der Vereinigten Staaten. Die Reparationskommission habe das Londoner Abkommen so gut wie suspendiert, bis eine Einigung erzielt sei.

Heidenbrand wünscht eine reaktionäre Koalition

Berlin, 11. Dez. In der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht Landrat a. D. v. Heidenbrand einen Artikel „Einheitsfront“, worin er sich für eine erweiterte Koalition für die Einigung der grundsätzlich rechtsstehenden Elemente ausspricht. Er betont: Ich bin der Letzte, der dabei grundsätzlich Ueberzeugungen und Gebanken opfern möchte; aber nur, wenn man auch der tatsächlichen Situation Rechnung trägt, kommt man zum Ziele und das ist doch die Hauptsache.

Vollmachten für Briand wegen der deutschen Zahlungen

Paris, 11. Dez. Im Kabinett bemerkte gestern Briand, daß Frankreich sich bereit erklären könne bezüglich der Termine der nächsten deutschen Zahlungen. Er verlange, daß Frankreich als Gegenbedingung die Forderung stelle, noch weitere Kontrolle über die deutschen Finanzen zu erhalten. Der Minister gab Briand Vollmachten, Projekte ausgearbeitet, die den Alliierten vorgelegt werden sollen.

Schneidern oder Schmiedern haben — das heißt ein gewisses Gewissen vor der Hinterrückung glücklicher sein. Sie können sich nicht helfen, sie werden die richtigen

Ratselede
Blättertitel

Die Kreuzzeitung

Deutsches Reich in nicht so ungünstiger Position der Entente gegenüber. Gerade das, was die kapitalistischen Kreise in Deutschland bisher immer als das Uebel hinstellten, nämlich die Beteiligung des Reiches an den Sachwerten wird sich eines Tages als einziger Rettungsweg offenbaren. Die Helferrück-Clique sagte, wenn das Reich die Sachwerte habe, dann habe sie auch die Entente. Nun, der Zugriff der Entente kommt, weil das Uebermaßliche, das Opfer oder die Entziehung eines Teiles des Kriegsgewinnes der Bestehenden nicht kam, kommt der Zugriff, dann ist ein durch Sachwerte gestärktes Reich immer noch eher als der Privatkapitalist in der Lage, dafür zu sorgen, daß der Einfluß der fremden Herren nicht zu einer Herrschaft führt.

Wir fürchten, daß in der ganzen Frage der Erfassung der Sachwerte bisher tauben Ohren gedreht wurde. Das Jahr wird vorübergehen, ohne daß etwas ernsthaftes zur Lösung dieses Problems getan worden ist. Die Politik der verärmten Gelegenheiten wird fortgesetzt, ebenso die Politik der Halbheiten und das Proletariat wird die Rechte bezahlen. Aber die Begleichung dieser Rechte wird nicht so glatt vor sich gehen.

Der Bogromheld Ruge verurteilt

Der bekannte Judenbekämpfer und frühere Privatdozent an der Heidelberger Universität Dr. Ruge hatte sich vor dem Schöffengericht in Ulm wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Dr. Nathan zu verantworten. Der Prozeß war schon fünfmal verlagert worden, da der Angeklagte nie erschienen war. Auch jetzt war er nicht erschienen; Dr. Ruge soll sich im Ausland befinden. Ihn vertrat ein Münchener Rechtsanwalt. Im Verlauf des Prozesses kam es zu einem Zwischenfall, da der Verteidiger Ruges den Vorsitzenden des Gerichts, Amtsrichter Walter, ablehnte, weil dieser viel in jüdischen Kreisen verkehre und „jüdisch verstimmt“ sei. Auf diesen Antrag hin mußte ein Beschluß der Strafkammer Ulm herbeigeführt werden, die entschied, daß Amtsrichter Walter die Verhandlung leiten könne. Ruge wurde dann zu einer Geldstrafe in Höhe von 500 M. verurteilt.

Die Einheitsfront des Proletariats

Der bevorstehende Leipziger Parteitag der USPD hat in der sozialistischen Presse bereits eine lebhafteste Diskussion hervorgerufen, bei der die Frage nach der Einheitsfront des Proletariats eine große Rolle spielt. Das Berliner Organ der USPD, die „Freiheit“ brachte einen ruhigen und sachlichen Artikel, der zu einheitlicher Kampffront mahnt. Die Berliner Generalversammlung der USPD griff diesen Artikel aufs Schärfste an, während das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, den Artikel der „Freiheit“ begrüßt und sich vorbehaltlos mit seiner Forderung einverstanden erklärt. Während die „Freiheit“ noch ängstlich und zurückhaltend sich mit der Einheitsfront befaßt, schlägt das Münchener Organ der USPD, die „Münchener Morgenpost“, einen deutlicheren Ton an und fordert energisch, daß der Leipziger Parteitag es als seine wichtigste Aufgabe betrachten müsse, den ersten Schritt zur Einigung der sozialistischen Bewegung zu tun. Das Blatt schreibt weiter: „Nur so kann der Parteitag dazu beitragen, daß die Sammlung aller proletarischen Kräfte für die Lösung der Schicksalsfrage des deutschen Volkes ermöglicht wird. Ein entsprechendes Ergebnis des Parteitages wird dem tiefen Sehnen aller deutschen Proletarier und Befähigung der unheilvollen Zersplitterung entgegenkommen. Wir sind uns der Schwierigkeiten bewußt, die einer Einigung der sozialistischen Parteien im Wege stehen. Nicht zum wenigsten der Schwierigkeiten, die in den Personen liegen. Die sozialistische Bewegung ist leider nicht frei von ehrgeizigem Strebertum, und mancher will lieber der erste in einer Einzelpartei, als der zweite in einer Gesamtpartei sein. Aber selbst wenn die politischen und sonstigen Schwierigkeiten einer organisatorischen Einigung zur Zeit unüberwindlich sind, so vermögen wir nicht einzusehen, warum nicht in allen praktischen-politischen Fragen ein Zusammenarbeiten der einzelnen Fraktionen Platz greifen soll. In allen Parteien sind die Kräfte vorhanden, die einer solchen Zusammenarbeit geneigt sind. Allerdings wird es dazu notwendig sein, daß alle an dieser Zusammenarbeit Beteiligten den bestehenden staatsrechtlichen Zustand, nämlich die demokratische Republik, als Grundlage des Handelns anerkennen und alle parteiistischen Methoden ablehnen.“

Es wird Aufgabe des Parteitages sein, der Gesamtheit der Parteigenossen klar zu machen, daß wir zwischen den Bedürf-

nissen der Nation und denen der praktischen Politik zu unterscheiden haben. Die Genossen sollten nicht vergessen, daß es in der jetzigen tragischen Situation der deutschen Arbeiterklasse nicht darauf ankommt, enge Parteipolitik, sondern Klassenpolitik zu treiben, wenn die zur Entscheidung stehenden Probleme gemäß den Interessen der Arbeiterklasse gelöst werden sollen.“ Der Artikel der „Münchener Morgenpost“ weist dann noch auf den Einigungsweg der „Freiheit“ hin und schließt: „Die USPD wird ihrer geschäftlichen Mission nur gerecht werden, wenn sie den ersten Schritt tut zu dem Ziel, das alle deutschen Proletarier erschauen: Zur Einigung der deutschen Arbeiterklasse!“

Konkordatspläne

In der „Frankf. Ztg.“ veröffentlicht ein süddeutscher Politiker, den das Blatt als eine Persönlichkeit bezeichnet, die unbedingt für unterrichtet gehalten werden muß, einen Artikel über Konkordatspläne, die seit längerer Zeit in der Luft liegen. Es handle sich zunächst um ein Konkordat, d. h. um einen Vertrag, den die bayerische Regierung mit dem Vatikan abzuschließen beabsichtigt. Der Wille dazu ist auf beiden Seiten vorhanden, indessen scheitern die schwierigen Vorverhandlungen noch nicht zu Ende gekommen zu sein; sie werden sorgfältig geheimgehalten. Immerhin ist den bayerischen Politikern der Plan des Konkordats nicht verborgen. Viel weniger bekannt dürfte es sein, daß die Kurie Anstrengungen macht, auch mit dem Deutschen Reich zu einem Konkordat zu gelangen. Ebenso wie für das bayerische Reich für das Reichskonkordat von der päpstlichen Diplomatie entscheidender Wert auf die Schule gelegt. In den Entwürfen ist das Verlangen gestellt worden, den Religionsunterricht an allen mittleren und höheren Lehranstalten zum ordentlichen Lehrfach zu machen, jedoch ohne das in Art. 149 der Verfassung vorgesehene staatliche Aufsichtsrecht. In Orten, deren katholische Einwohnerzahl an 20% genug ist, sollen auf Antrag von Eltern katholische Volksschulen errichtet werden. Es ist nur eine Forderung aus dem Vorherigen, wenn weiter gefordert wird, daß der Staat für die ausreichende Zahl katholischer Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten zu sorgen habe, deren Besuch allem zur Erteilung von Religionsunterricht berechtigt.

Die Abmachungen über die Schule erschöpfen den Umfang des beabsichtigten Konkordats nicht. Man denkt daran, für katholische Ehen die kirchliche Einigung wieder vor dem Zivilakte zu verlangen. Es ist auch die Forderung aufgestellt worden, den kirchlichen Amtspersonen die Stellung und die Vorrechte von öffentlichen Beamten einzuräumen, ohne daß sie dem Staate einen Dienst leisten. Aber die Hauptsache bleibt die Schule, und die vatikanische Diplomatie hat auf den Hinweis, daß die Schulbestimmungen sehr schwer durchzusetzen sein würden, die Antwort gegeben, daß sie ohne diese auf das Konkordat lieber verzichten.

Wir wissen nicht, welche Grundlagen für diese Ausschüsse erregende Mitteilung vorhanden sind, und müssen der „Frankf. Ztg.“ bezug ihrem Gewährsmann die Verantwortung dafür überlassen. Sollten solche Pläne wirklich im Ernst betrieben werden, so werden die dafür interessierten Politiker wohl selbst darüber klar sein, daß sich solche nur unter den schwersten Kämpfen durchsetzen ließen, im Reich sowohl wie in Bayern.

Einzigige Futterkrippenwirtschaft

Die Presseorgane ehemaliger nationalliberaler Opposition haben es, nachdem ihre Partei heute nicht mehr die staatliche Futterkrippe als Referatrat hat, in sehr wenig angebrachter Weise von der Futterkrippenwirtschaft in der Republik zu reden. Es ist deshalb gut, einmal die Verhältnisse von heute und der Futterkrippenwirtschaft der alten monarchistischen Herrlichkeit einander gegenüberzustellen, wie dies das „Berliner Tageblatt“ in einer sehr interessanten Aufklärung tut. Vor allem ist da festzustellen, daß kein einziger der früheren republikanischen Reichsminister und Kanzler, mit Ausnahme von Fehrenbach, heute eine Pension bezieht. Das gilt sowohl von den Gewerkschaftssekretären wie auch von den Rechtsanwältinnen, die Kabinettsmitglieder waren. Weder der ehemalige Reichsjustizminister Dünk, noch der ehemalige preussische Minister Heine beziehen ein Ruhegehalt. Die früheren Reichskanzler Scheidemann, Bauer und Müller haben keine Pension oder Ruheelder erhalten. Sie haben

vielmehr nach ihrem Ausscheiden die zuviel erhaltenen Gehaltsbeträge zurückzahlen müssen. Mit dem Tode, mit dem ein Minister heute aus seinem Amte ausscheidet, erhält er keine finanzielle Entschädigung mehr vom Staate. Damit entpuppt sich also die Behauptung der Reichspresse, daß die Häufigkeit des Ministerwechsels eine starke Belastung der Steuerzahler bedeute, als Lüge.

Dagegen kennen wir die Wirtschaft der alten und der heutigen Regierung hinsichtlich der Höhe der bezahlten Ministergehälter sehr genau, um festzustellen, daß die Erbarmnisse, die jetzt gegenüber der ehemaligen Regierung gemacht werden, bedeutend sind. Während die Zivilliste des Kaisers 22 Millionen Goldmark jährlich betrug, bekommt der Reichspräsident Ebert nach der neuen und erhöhten Besoldungsordnung 300 000 Papiermark Gehalt und 400 000 Papiermark Aufwandsentschädigung. Seine bisherigen Bezüge blieben hinter diesen Bezügen noch weit zurück. (100 000 Papiermark.)

Sämtliche Minister im Reich und in Preußen einschließlich des Reichspräsidenten erhalten zusammen nur ein Viertel des Gehalts in Papiermark, das der frühere Kaiser allein in Goldmark bezog.

Die Mitglieder der beiden Regierungen, etwa 20 Personen, und der Reichspräsident haben nämlich zusammen fünf Millionen Papiermark Gehalt. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Minister jetzt, im Gegensatz zu früher, von ihren Bezügen Steuern zu zahlen haben. So bezahlte z. B. der preussische Ministerpräsident von seinen 220 000 M. jährlichem Gehalt allein 95 000 M. Steuern. Der Reichspräsident Ebert muß z. B. für seine Wohnung, die ihm vom Staat gestellt wird, für die von ihm in Anspruch genommenen Zimmer Riefe entrichten wie jeder Sterbliche, während der deutsche Kaiser auf Staatskosten Hunderte von Schlössern und Palais hatte.

Jedoch noch in anderer Hinsicht läßt sich die Beweisführung antreten, daß, wenn je in Deutschland Futterkrippen- und Verschleuderungswirtschaft jahrelang systematisch getrieben worden ist, so ist das unter dem alten Regime der Fall gewesen. Damals wurden die Kreise, die sich jetzt über die Futterkrippenpolitik der Republik beklagen, aus der großen Futterkrippe des Reiches mit Brauntwein-Liebesgaben, Getreideschutzsollen und Fleisch-einfuhr-Verhinderungsmaßnahmen zur Erhöhung der agrarischen Erträge und durch eine derartig laze Einkommensteueranleihe begünstigt, daß der Großgrundbesitz fast gar keine Steuern bezahlte. Aber diese rührende Futterkrippenpolitik des alten Regimes ging noch weiter, indem sie den rechtsstehenden Kreisen, das heißt vornehmlich dem Adel und dem Großgrundbesitz, alle bevorzugten Stellen in der Armee, am Hof und in der höheren Bürokratie offen hielt. Wenn man diese Tatsachen einmal ziffernmäßig ansprechen wollte, würden viele Goldmark-herauskomme während die sogenannte Futterkrippenpolitik der Republik in der Hauptache darauf zurückzuführen ist, daß mit der Liquidierung des Krieges und mit den neuen Verhältnissen ganz andere Anforderungen als früher an den Staatsorganismus gestellt wurden, für die eine erhebliche Vermehrung der Beamtenzahl notwendig wurde. Dabei wollen wir durchaus nicht verkennen, daß hier mitunter des Guten zu viel getan worden ist und daß, nach der Ueberwindung der Uebergangsverhältnisse, der bürokratische Apparat wieder auf ein normales Maß zurückgeführt werden muß. Mit den vielen noch aus der Kriegsära stammenden militärischen und wirtschaftlichen Organisationen ist ja auch bereits der Anfang gemacht worden.

Stechenpferd-Seife

V. Bergmann & Co., Reichenhald ist die beste Lillienmilchseife. Überall z. hab.

Eckehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel

(Fortsetzung.)

Des ankommenden Hoffnung war friedlich. Anrufen am Ort klösterlicher Niederlassung. Auch sah ich dort häufiges Reigen der Säupter, sitzig geordnete Kapuzen, sanftes Einhergehen und seltenen Gebrauch der Rede, also daß ich seines Unheils gewärtig stand, nur daß des Zwenalis Sprach gegen die falschen Philosophen:

„Spärlich ist ihnen das Wort, — doch Wahrheit steht in dem Schweigen.“

Heimlich an meinem Gemüt nagen wollte, und wer sollte glauben, daß jenem Heiden vorahnde Kenntnis von kulturtugender Wahrheit anwohne?

Doch freute ich mich harmlos meines Lebens, erwarrend, ob nicht unter dem spärlichen Gemurmel der Brüder etliche Funken philosophischer Strebungen aufblitzen möchten. Es blühte aber nichts auf, sie rüsteten am Rüstzeug der Unterwelt.

Unter anderen war auch ein junger Schülerknab' anwesend und ein älterer, der — je nun! er war, wie er war: sie hießen ihn einen braven Lehrer des Klosters, wiewohl er mir in die Welt zu schauen schien mit den Augen einer Turkeltaube. Von diesem schmächtigen blühenden Gelehrten habe ich nunmehr zu reden. Höret seine Lat. Ab- und zugehend machte er den Schüler zum Gefährten eines tüchtigen Anstalters.

Nacht war's, es nahte die Zeit des sorgentillenden Schlummers.

Wohlgeläufig des Maßes, zollten wir Wachus sein Rein — da verführte mich ein unglücklich Gescheh, daß ich im Hin- und Herreden lateinischen Tischgesprächs eines Verhofes im Gebrauch des Rufes schuldig ward und einen Affusativ setzte, wo ein Ablativus sich geziemt hätte.

Nun ward offenbar, in welcher Art Künsten jener weltberühmte Lehrer den ganzen Tag seinen Schüler unterwies. „Solch Verbrechen wider Sprache und Grammatik verdiene die Schulgeißel!“ also spottete das benannte Studentenlein mich, den Erprobten, und kramte bei diesem Anlaß ein höhnisches Spottgedicht aus, das ihm eben jener Lehrer eingeblasen, also daß ein zartes zisalpines Gesicht über den fremden Gattfreund durchs Refektorium erschallte.

Wenn aber ist unbekannt, welcher Beschaffenheit die Verle übermäßig gewordenen Mönche sind? Was weiß ein solcher von der inneren Haushaltung eines Gebäudes, wo ein Stück Purpur ans andere zu setzen ist, auf daß es glänze und gleiche? was von der Würde der Dichtkunst? — er spürt die Lippen und spuckt ein Poem aus, gleich dem des Lucillus, den Horatius brandmarkt, daß er oftmals auf einem Fuß stehend zweihundert Verse diktierete und mehr noch, bevor ein Sünderlein abgelaufen. Ermeßel nun, ehrwürdige Brüder, wach ein Maß von Unrecht man mir angeben, und was der für ein Mensch sein muß, der seinem Nebenmenschen den Irrtum eines Matianus vorhält!“

Der Mensch, der in harmlosem Scherz diesen Frevler begangen, war Eckehard; wenig Wochen bevor ihn seines Schicksals Wendung auf den hohen Turm rief, geschah die Untat. Mit des folgenden Morgens Frührot war das Tischgespräch mit dem übermütigen Welschen vergessen, aber in der Brust dessen, den sie des falschen Affusativus überwiegen, sah ein Woll, so herb und nagend, wie der ob der Waffnen Achills, der einst den Telamonier Nias an sein Schwert gejagt und noch bei den Schattten der Unterwelt festab zürnen ließ; er zog aus dem Tal, daß die Sitter durchstürmt, nordwärts; er sah Bodensee und Rhein — und dachte des Affusativus; er ritt in den altersgrauen Toren von Köln ein und ritt hinüber auf heilige Erde, der falsche Affusativus ritt hinter ihm auf dem Wag seines Vosses wie ein Alp; die Klostermauern des heiligen Amandus taten ihm ihren Frieden auf, im Palmfingern der Frühmette, in der Dämnel der Verperandacht stieg der Affusativus vor ihm auf und heilste sein Sünderkop.

Von allen untrösten Lebenstagen prägen sich die am tiefsten der Seele ein, mo durch eigen Verschulden eine Beschämung veranlaßt wird; statt mit sich selber darüber zu grollen, wird allen, die unfehlwillige Tugenden waren, eine bittere Bestimmung zugewendet, das liebe Menschenherz geistigt sich so schwer, so schwer die eigene Schwäche, und manchem, der ruhig im Kampf und Totschlag zurückdenkt, sieht alles Blut zu Haupte beim Gedanken an ein töricht Wort, das ihm an einer Stelle einfuhr, wo er gern mit einem verständigen gelangt.

Darum nahm Gunzo seine Rache an Eckehard. Und er führte eine scharfe tapfere Feder und hatte vieler Monde Frist auf sein Werk verwandt, daß es in seiner Art ein Meisterstück ward, eine schwarze Suppe von viel hundert gelährten Wreden, reichlich gewürzt mit Pfeffer und Bismut und all den Bitterkeiten, die den Streitschriften geistlicher Perren vor denen anderer so lieblichen Geschmack verleihen.

(Fortsetzung folgt.)

Jagow-Prozess

Vierter Verhandlungstag

11. Leipzig, 10. Dez. Um 9 1/2 Uhr wurde die heutige Sitzung eröffnet. Als Zeugen sind u. a. anwesend: Die früheren Minister Dr. Seine und Roske, ferner der deutschnationale Abgeordnete Bergt, Viceadmiral v. Trotha, General v. Seedi und Generalleutnant Reinhardt. Der gleichfalls für heute geladene Abg. Stresemann ist bei Beginn der Verhandlung noch nicht anwesend.

Zunächst wird General v. Seedi als Zeuge vernommen. Er machte über den Rapport folgenden Angaben: Das Vorgehen des General v. Lüttwitz steht mit seinen militärischen Pflichten nicht in Uebereinstimmung. Die Anzeichen hatten sich aber bei mir nicht so verdichtet, daß man einen Beweis gegen ihn hätte führen können. Roske hatte das weitestgehende Vertrauen zu Lüttwitz. Bei den militärischen Stellen war man der Ansicht, daß irgendwelche Unternehmung geplant war, aber nicht zur Ausführung gebracht werden würde. Der Generalstabschef des Herrn von Lüttwitz, von Kommerstein, sagte mir, die Offiziere in der Truppe verlor die Kontrolle und wußten nicht was Lüttwitz plane. Am 9. März ging ich zu Roske, um die sofortige Verabschiedung des Herrn v. Lüttwitz zu verlangen. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß Lüttwitz in den nächsten Tagen eine Unterredung mit Oberst haben werde, und hat Roske, dieser beizuwohnen. Am 10. März fand die Unterredung zwischen Lüttwitz und Oberst statt. Zeuge war nicht zugegen. Am Abend kam die Nachricht über die Verbindung des Lüttwitz mit Zivilpersonen, nämlich Kapp, Babst und Bauer. Von unserer Seite, so erklärte der Zeuge, wurde auf die sofortige Festnahme dieser Personen gedrängt. Lüttwitz sollte zwangsweise entlassen werden. Die Ereignisse nahmen aber rasch ihren Lauf. Die Bemühungen, die Marinebrigade von Lüttwitz abzugeben, gingen von dem Obersten und früheren Kriegsminister Reinhardt aus. Im Laufe des 12. März kamen verschiedene Meldungen über die Gallung der Brigade Eshardt. Gegen Mittnacht ging der Zeuge zum Minister Roske. Dort war anwesend u. a. der Oberst Reinhardt, General v. Döben und der Adjutant des Ministers, Herr Kaufmann. Etwas später kam Oberst v. Oelberhausen. Er brachte genaue Meldungen, daß wir mit einem militärischen Angriff in den nächsten Stunden zu rechnen hätten. Der Schutz der Regierung und Regierungsviertel wurde dem Regiment des Obersten v. Thissen anvertraut. In den frühen Morgenstunden verammelten sich in der Reichskanzlei die Reichsminister sowie General Reinhardt, v. Trotha, Oberst Oelberhausen usw. Wir hielten an unserer Auffassung fest, daß ein Kampf zu vermeiden sei und auch ausfallslos wäre. Es fand eine Abendbesprechung statt, bei der ich nicht bewohnte. Nach Beendigung sagte Roske zu Trotha, das Kabinett habe beschlossen, das Ultimatum Eshardts abzulehnen, es solle aber auch kein Widerstand geleistet werden. Eine Stunde später erschien Lüttwitz im Reichswehrministerium und übernahm das Kommando. Die eingehenden Truppen hatte Oelberhausen an der Siegesstraße zum Halten veranlaßt und nun wurde von der Truppe die bekannte politische Forderung aufgestellt. Im Heeren hatte ich eine Unterredung mit Lüttwitz und sagte, mit Ruhe und auf geordnetem Wege müsse man zu erreichen suchen, was alle wünschen. Darauf meinte Lüttwitz, wenn es nicht auf legalem Wege gehe, müsse es mit Gewalt geschehen. Einen Staatsstreich wollte Lüttwitz nicht übernehmen.

Als nächster Zeuge wird Staatssekretär Dr. Freund vernommen. Er teilte u. a. mit, daß er am 13. März die Nachricht erhielt, von Kapp und Lüttwitz seiner Stellung enthoben zu sein. Nach meiner Wiedererhebung ins Amt stellte ich fest, daß am 14. März eine mit dem Reichsminister v. Seine angelegte Telegramme abgegangen war, die die Abhebung aller demokratischen und sozialdemokratischen Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten betrafen. Da nach dem Gesetz die Abhebung nur durch das Ministerium möglich war, beschränkte sich Herr v. Jagow auf die Verleugung der betreffenden Herren.

v. Jagow erklärt: Ich habe keinen einzigen Polizeipräsidenten, Landrat, Bürgermeister oder Amtsbefehlshaber beurlaubt. Dem Zeugen habe ich nur erklärt, ich hätte ihn nur beurlaubt, nicht abgesetzt.

Staatssekretär Freund fährt fort: Die Regierungspräsidenten in Köln und Bielefeld sind v. Jagow abgesetzt worden, obwohl sie tüchtige Verwaltungsbeamte waren. Sie waren aber Demokraten.

v. Jagow bemerkt: Die damaligen Verhältnisse rechtfertigten es, daß so alte Herren nicht zu Regierungspräsidenten gemacht wurden.

Zeuge Oberst v. Schindt, der damals in Berlin im Dienste Lüttwitz stand, äußerte sich über militärische Einzelheiten des Zusammenbruchs des Kappunternehmens.

Zeuge Staatsminister a. D. Bergt führt aus, er habe sich nach dem Bekanntwerden der Pläne Lüttwitz zu diesem begeben und in Gegenwart des Herrn v. Oelberhausen die ganzen Zustände für verfassungswidrig erklärt. Wir hatten in dieser Richtung Anträge gestellt. Anderen Tags sagte mir Lüttwitz, die geplante Auflösung der Marinebrigade Eshardt habe große Zustimmung hervorgerufen. Es beunruhigte Lüttwitz, daß die Regierung kein Verständnis für die bolschewistische Welle hatte und nicht rechtzeitig Vorkehrungsmaßnahmen traf. Die letzte Unterredung mit Lüttwitz hatte Bergt am 10. März. Die weiteren Ereignisse hatte er aus der Zeitung erfahren. Am 13. März wurde er durch Kraus zur Entgegennahme von Informationen in die Reichskanzlei gebeten. Dabei hörte er von der Ernennung v. Jagows und Wangenheims. Unsere Partei hatte den bringenden Wunsch, die Dinge in ordnungsgemäße Wege zu leiten und hielt die Entlassung aller Parteien für notwendig. Ich riet Kapp schließlich zum Rücktritt, worauf er erklärte, daß er auf einen ehrenvollen Rücktritt Wert lege. Kapp meinte, daß vielleicht v. Wangenheim die Verhandlungen mit der Regierung leiten sollte. Die Regierung in Stuttgart hatte aber inzwischen auf Verhandlungen verzichtet. Lüttwitz sei schwerer zum Rücktritt zu bewegen gewesen. Er habe erst abgedankt, als ihm einige Offiziere erklärten, daß die Reichswehr nicht mehr zu ihm halten werde.

Hierauf wird die Vernehmung des Zeugen Staatsminister a. D. Seine vorgenommen. Er erklärt, er habe sich am 4. März an einer Besprechung beteiligt, bei der auch Lüttwitz und Oelberhausen zugegen waren. Seine habe Lüttwitz von unüberlegten Schritten abgeraten.

Kommehr soll der frühere Reichswehrminister und jetzige Oberpräsident Roske vernommen werden. Ein Verteidiger protestiert gegen die Vernehmung Roskes, der verdächtig erscheine, von einem beschuldigten hochverräterischen Unternehmen keine Anzeige gemacht zu haben. Der Gerichtshof hält diesen Einwand für haltlos und beschließt die sofortige Vernehmung des Zeugen.

Oberpräsident Roske läßt sich nunmehr eingehend über die Verhältnisse in der Reichswehr von Sommer 1919 bis zu den Tagen des Kapp-Rückfalls aus. Er wendet sich gegen die Behauptung, daß er jemandem mit dem Revolver bedroht habe. Er habe zwar auf seinem Schreibtisch stets einen Revolver liegen gehabt, er sei aber nie in die Verlegenheit gekommen, ihn zu gebrauchen. Lüttwitz habe er Vertrauen entgegengebracht. Er sei erst am 10. März ruhig geworden, als er hörte, daß Lüttwitz eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Ebert erbeten habe.

In der fortgesetzten Zeugenvernehmung führte Oberpräsident Roske weiter aus: Im Sommer 1919 gäbe es in der Reichswehr, als die Auflösung von Truppen in Aussicht stand. Die Gardelegenkavalleriedivision war weit über ihren Rahmen

hinausgewachsen und mußte auseinander gebracht werden. Als absolut unerträglich empfand ich es, als Hauptmann Babst anging, sich in politische Dinge zu mischen. Unter den Formationen, die aufgelöst werden mußten, befanden sich auch schwere Artillerie und die beiden Marinebrigaden. Diese waren in Wirklichkeit nicht dem Kommandanten in Berlin unterstellt, sondern hatten zuletzt Monate lang in Schlesien gelegen, wo sie unter das Kommando v. Lüttwitz gelangt waren. Lüttwitz dachte an einen Bolschewisten-Einfall und meinte, Ostpreußen sei nicht genügend geschützt. Er verlangte deswegen das Weiterbestehen seiner Formationen.

Präsident: Am 29. Februar sollen Sie den Befehl erteilt haben, daß die Brigade bis zum 10. März nachts aufgelöst sei. Oberpräsident Roske: Das ist richtig. Ich hatte davon gehört, daß Lüttwitz in Döberitz eine Ansprache gehalten habe, in der er sagte, er hoffe, daß die Auflösung nicht stattfinden werde. (Die Verhandlung geht weiter.)

Badische Politik

Gefahren für den badischen Durchgangsverkehr

Wie bekannt geworden ist, soll im neuen Reichsfinanzhaushalt eine Kasse für den zweigleisigen Umbau der württembergischen Eisenbahnstrecke Jaglfeld-Osterburken vorgesehen sein, der der Erleichterung des württembergischen Nord-Südverkehrs dienen soll, ferner soll die Absicht bestehen, eine weitere Begünstigung des württembergischen Durchgangsverkehrs durch Befestigung der Epikleten Wörzingen-Östlingen (bei Immeningen) herbeizuführen zu dem Zweck, die Strecke Berlin-Stuttgart-Jülich um 6 bis 7 Kilometer zu kürzen und einen Mindeuraufwand an Zeit von etwa 10 bis 15 Minuten zu erreichen. Diese Vorgänge erregen in den Kreisen der badischen Bevölkerung einiges Aufsehen, da aus den erwähnten Maßnahmen eine nachteilige Beeinflussung des Durchgangsverkehrs Nord-Süd über die badische Hauptlinie zu befürchten ist. Es tritt auch hier wiederum das Bestreben Württembergs an den Vordergrund, den sehr wichtigen Durchgangsverkehr, der jetzt über Baden in die Schweiz und nach Italien geht, von Baden abzulenken und über Stuttgart zu leiten. Ein Bedürfnis zur Erbauung der direkten Bahnstrecke Ludwigs-Mehringen-Östlingen liegt dem Standpunkte der Reichseisenbahnverwaltung wohl nicht vor, trotzdem werden erhebliche Mittel dafür im Reichshaushaltsplan angefordert, die selbstverständlich auch anteilweise von der badischen Bevölkerung aufzubringen sind. Unter diesen Umständen müssen diese Vorgänge bei der württembergischen Eisenbahnverwaltung von allen zuständigen Stellen mit kritischen Augen verfolgt werden, und es wird Aufgabe der berufenen Stellen besonders der Verkehrsbehörden und Organisationen sein, Nachteile, die den badischen Interessen hieraus sicherlich erwachsen werden, nach Kräften abzuwehren.

Aus dem Landtag. Der am Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 4 Uhr, zusammengetretene Landtag wird sich mit der Abänderung des Badischen Beamtengesetzes, einem Entwurf über das vereinfachte Entgeltungsverfahren und einem Entwurf über die Wandergewerbetreiber beschäftigen. Auf der Tagesordnung steht außerdem eine deutschnationale förmliche Anfrage über die Bekämpfung der Auswanderung des Hausier- und Wandergewerbetreibenden und ein sozialdemokratischer Antrag, die Vorbereitung für das nächste Baujahr betreffend.

Dr. Mude. Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, steht die Ernennung des Kreisrichters Dr. Mude in Mannheim zum Oberregierungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts unmittelbar bevor. Eine Ernennung als Ministerialrat in Gruppe 13 konnte aus dem Grunde nicht erfolgen, weil die Stelle in dieser Gruppe nach dem Budget nur für die Person des verstorbenen Ministerialrats Nöbel vorgesehen war. Mit dem Tode Nöbels fiel sie wieder in Gruppe 12 zurück. Entschuldigend für die Ernennung Dr. Mudes war neben seinem Dienstaten und seinen Fähigkeiten — er hat sein Staatsexamen mit „ausgezeichnet“ bestanden — vor allem die Erwägung, daß einem der im Aufstiegsdienst tätigen Herren die Möglichkeit des Aufstiegs gegeben werden mußte und hier kam wiederum der Inhaber der besonders wichtigen Kreisrichtersstelle in Mannheim in erster Linie in Betracht. — Damit dürfte der Streit um die Nachfolgerschaft Nöbels erledigt sein. Dr. Mude ist aus dem Volksschullehrerstande hervorgegangen; er war Volksschullehrer, machte sodann das Reallehrerexamen, das wilde Abiturium, um dann zu studieren. Dr. Mude ist Mitglied unserer Partei. Da die Reichspressen ihn im voraus schon mit den gewöhnlichen Anwürfen und Verdächtigungen begräßen, darauf es wohl keiner weiteren Empfehlung dieser „Empfang“ ist Beweis genug, daß er der richtige Mann am richtigen Platz ist.

Betreffend Ortsklasseneinteilung. Vom Badischen Beamtenbund wird uns geschrieben: In der Presse sind in letzter Zeit wiederholt Nachrichten erschienen, daß es noch zweifelhaft sei, ob das endgültige Ortsklassenverzeichnis für die Beamten mit Wirkung vom 1. April 1920 oder vom 1. April 1921 in Kraft trete. Demgegenüber ist auf § 2 des Gesetzes betreffend die vorläufige Neuauftellung des Ortsklassenverzeichnisses vom 12. Mai 1921 (R.G.V. S. 613) hinzuweisen, wonach die endgültige Regelung bis zum 1. Oktober 1921 mit Wirkung vom 1. April 1920 erfolgen soll. Wie bekannt, konnte der erstgenannte Termin (1. Oktober 1921) nicht eingehalten werden. Doch ist mit der Verabschiedung des Gesetzes über das endgültige Ortsklassenverzeichnis durch den Reichstag bis Mitte ds. Mts. bestimmt zu rechnen.

Von der „Süddeutschen Zeitung“. Minister Memmel hat die Privatklage, die wegen einer Notiz der „Süddeutschen Zeitung“: „Wo bleibt die Nächstenliebe?“ erhoben war, zurückgenommen, nachdem das Blatt den Abdruck dieser Notiz beudert, die darin enthaltene Beleidigung des Ministers als unmaß zurückgenommen und die sämtlichen Kosten des Verfahrens übernommen hat. — Die „Süddeutsche Zeitung“ hatte fernerzeit das belannte Eingeständnis des Mitglieds der Reichstagsfraktion in Mannheim, Strobel, im Mannheimer „Tagblatt“ mit Wohlbehagen ausgeschlachtet. Strobel wurde bekanntlich kürzlich zu drei Wochen Gefängnis wegen Beleidigung des Innenministers verurteilt. Im demselben Schicksal zu entgehen, gab das reaktionäre Heftblatt nun Klein bei.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 72 enthält eine Verordnung des Ministeriums des Innern vom 18. November 1921 betr. die Fürsorge für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.

Strafverfahren wegen Verletzungen gegen die Steuer-gesetze. Im Geschäftsbereich des Landesfinanzamtes Karlsruhe sind im Kalenderjahr 1921 bis zum Monat Oktober an Strafverfahren anhängig gemacht worden a) wegen Verletzung gegen die Besitz- und Verlehrssteuergesetze: 1908 Fälle, davon sind erledigt 1266, an Geldstrafen wurden ausgesprochen rund 2 108 000 M., an Steuernachträgen wurden angehängt rund 522 800 M., an Vermögenswerten wurden eingezogen 182 700 M.; b) wegen Verletzung gegen die Zoll- und Verbrauchssteuergesetze 3254 Fälle, davon sind erledigt 2927; an Geldstrafen wurden ausgesprochen rund 1 607 000 M., an Zoll- und Verbrauchssteuernachträgen wurden erhoben 541 800 M., eingezogen wurden 67 Brantweinbrennengeräte und für beschlagnahmte

wurde der Betrag von 54 800 M. gelöst. — Wie aus den Berichten der Finanzämter und Hauptzollämter hervorgeht, wird bis Ende des Jahres noch eine große Anzahl von Straffällen anhängig werden, die größere Beträge an Strafen und Nachträgen einbringen werden.

Reichsbetriebsrätekongress der Metallarbeiter

k. Leipzig, 8. Dez.

Der erste Betriebsrätekongress der Metallarbeiter tagte vom 5. Dezember bis heute im hiesigen Volkshaus. Es waren über 600 Delegierte, Verbandsfunktionäre und Gäste, darunter auch Regierungsvertreter, anwesend.

Der Kongress galt vor allem der Erörterung von Wirtschaftsforderungen. Den ersten Vortrag hielt an Stelle des verhinderten Genossen Bauer-Wien Prof. Leberer-Heidelberg über „Weltwirtschaft“, dessen interessante Darlegungen dahin gingen: Jedes Land trotz seiner Abhängigkeit von den anderen seine Eigen-tümlichkeiten. Der Krieg beeinflusste die Wirtschaft aller Länder, auch der neutralen. Der Nahrungsmittelkongress ist allerorts eine Konsumkonjunktur gefolgt, die die Produktion stark anregte, aber doch nicht in dem Maße als es die Bedürfnisse der Menschen heischen. In letzter Zeit ist nun die Konsumkonjunktur in eine weltweite Krise umgekippt; dies, obwohl die Bedürfnisse der Welt noch lange nicht befriedigt sind. Um diese Krise zu beenden sei vor allem nötig, die Rückführung der Löhne auf ihre alte reale Höhe. Dadurch ist der Eintrag zwischen Erzeugung und Nachfrage herzustellen. Die wirtschaftliche Arbeiterschaft muß in ihrem eigenen Interesse die Aenderung der Friedensverträge zu eringen suchen, weil dadurch erst die Geschäftsaubeit zu mindern und weiter die gegenwärtige Schwäche der Trades Unions im Lohnaufbau zu mildern ist. Mit einer stärkeren Gewerkschaftsbewegung in Amerika und England erst lassen sich die Notwendigkeiten zur Besserung der Weltkrise erfüllen.

Dann sprach Dr. Gilsbergh-Berlin über „Die deutsche Wirtschaft“. Er begann mit einer Darstellung Deutschlands an Menschen, Land und Rohprodukten durch Krieg und Friedensvertrag. Industrie und Landwirtschaft andeß sind weit fortgeschritten in der Ausgleichung der Kriegsschäden. Doch langsamer als alle Warenpreise ist der Preis für die Ware Arbeitskraft gestiegen, was eine Verelendung breiter Arbeiterschichten zur Folge hat. Die Arbeiter leiden am schlimmsten, unter der Geldentwertung. Die Krise wird noch sehr gesteigert durch die Reparationslasten. Das Wiesbadener Abkommen und jetzt das Maratonium sind Beweise der gemachten Erkenntnis des Auslandes. Neben der Befestigung der Geldentwertung ist die Regelung der Steuerfragen eine wichtige Vorbedingung zur Herstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse. Vor allem müssen die Steuern schneller eingetrieben werden. Weiter muß die Heranziehung der Sachwerte gefordert werden.

Das Ergebnis der Aussprache über diese Referate war die fast einstimmige Annahme einer längeren Entschleunigung, in der gefagt wird, daß die Wiederherstellung der Wirtschaft gleichermäßen zu einem nationalen Problem werde. Der Kongress stellt sich mit allem Nachdruck hinter die von den Vorständen des A.D.G.B. und der A.F.A. aufgestellten 10 Punkte und fordert die Spitzenverbände aus, mit allen Mitteln für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten.

Am zweiten Tage hielt Otto Hue einen Vortrag über „Kohle und Eisen“, den der Kongress mit gespannter Aufmerksamkeit aufnahm. Hue gab einen historischen Ueberblick von der ebenso raschen wie mächtigen Entwicklung der Eisenindustrie. Wie hoch die kapitalistische Gesellschaft Eisen und Stahl als Lebens-element halte, beweise ihre Erziebung nach dem Besitz der Erz-lager. Gebrüder Mannesmann hatten Deutschland 1911 fast in einen Krieg geführt wegen den Erzlagern in Marokko; am Kriegsanfang gaben die deutschen Schwerindustriellen vor, ohne das Erzgebiet von Longwy nicht bestehen zu können und dann haben die französischen Kapitalisten das Lothringische und das Saargebiet sofort in Besitz genommen. Mit vollem Recht wird der Weltkrieg der Krieg um Stahl und Eisen bezeichnet. Die Krise in der Eisen- und Kohlenindustrie suchen die Unternehmer durch Abschaffung des Achtstundentages und Herabsetzung der Löhne zu befeitigen. Die gleiche Worsheit ist den Kapitalisten aller Länder eigen. Sie verziehen sich bei Kriegsanfang herrliche Zeiten. Statt dessen bei Sieger wie Besiegten Zerrüttung der gesamten Wirtschaft. Der Besitzer von Kohlen und Eisen hat den Schlüssel zu den Regierungen, er hat auch die Goldwerte zur Bezahlung der Kriegslasten und Begleichung unseres Staats-defizits. Das sind Gründe, auf die Vergeßlichkeit von Kohlen und Eisen zu dringen. In diesen beiden Zweigen sind die Vorbedingungen für die Sozialisierung erfüllt. Es fehlt nur noch an der günstigen Reife der Arbeiterklasse. Damit soll die Geistesbesessenheit der Industriekapitalisten nicht überschätzt werden.

Dem Genossen Hue folgte Dr. Einlein-Stuttgart mit einem Referat über „Kapitalkonzentration und Sozialisierungsfragen“. Der Redner begann mit einer Darstellung der wirtschaftlichen und technischen Gliederung der Konzerne. An dem Stimmens-konzern gibt der Redner ein Bild von Aufbau und Streben der industriellen Mannnütgebilde. Der Stimmenskonzern umfaßt die Produktion von Rohstoff bis zum Fertigfabrikat, von der Red-derei bis zum Verkaufsbüro, vom Waldholz über das Papier zur Zeitung und Weinungsfabrikation. In jedem dieser Zweige entquillt Profit, der sich laminarartig anschwellend, zur Spitze hin weiterströmt. Vom Stimmenskonzern kommt der Redner auf den Elektrizitätskonzern der A. E. G., deren Haupt Wähler Rothemann ist. Der Einfluß des Großkapitalismus wächst, damit muß der Einfluß der Arbeiterschaft wachsen. Der Betriebs-rat ist der beste, der am besten die Verbindung seines Betriebes mit der Weltwirtschaft kennt. Mit der Vermehrung der Kenn-nisse steigt der Einfluß der Betriebsräte, der notwendig ist zur Lösung ihrer Aufgaben.

An die beiden Referate schloß sich eine längere Diskussion, deren Ergebnis die einstimmige Annahme folgender Entschleunigung war: „Die kapitalistische Wirtschaft hat sich in letzter Zeit durch durchgreifende Umorganisation wesentlich verändert. Es ist Pflicht und Willen der gesamten Arbeiterschaft und ihrer berufenen Vertreter in den Betrieben, sich in die bolschewistischen Notwendigkeiten zu vertiefen und in die gesamten Produktionsvorgänge der Unternehmungen einzuleben. Die auf dem Reichsbetriebsrätekongress der Metallindustrie versammelten Betriebsräte fordern mit allem Nachdruck eine Aenderung des Betriebsrätegesetzes, vor allem des § 50, weil er in seiner Weise der neuen Wirtschaftslage Rechnung trägt.“

Gleichfalls einstimmig und unter Beifall wurde eine Reso-lution angenommen, die sich gegen die Erzeugung von Kriegs-mitteln und gegen die Fortführung der Dieselmotoren durch die Entente ausspricht.

Den letzten Verhandlungstag füllten Referate von Dismann-Stuttgart und Engelbert Graf-Stuttgart über „Aufgaben und Bildung der Betriebsräte“ aus. Dismann erklärte, das Betriebsrätegesetz genüge nicht. Es fänden sich in ihm überall Fuß-angeln, die es illusorisch machen. Er forderte eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. Die Aufgaben der Betriebsräte seien zu groß, daß es hier keine Ablenkung gebe. Sie müßten sich mit aller Kraft ihrer Hauptaufgabe widmen, mitzuhelfen bei der Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsform in die sozialistische. Dismann gab bekannt, daß das Unternehmertum eine Liga gegen die Betriebsräte gegründet habe, zum Schutze gegen die Betriebsräte.

Engelbert Graf besprach die Bildungsaufgaben der Betriebsräte. Wirtschaftslehre, Gesellschaftslehre, Betriebslehre, Sozialgesetzgebung...

In der Aussprache wurden beachtenswerte Darlegungen gemacht. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die Ausführungen von Dr. Stein-Wien...

An einer einstimmig angenommenen Resolution forderte der Kongress eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte auf folgender Grundlage: 1. Gewährung des Rechts auf Einsicht in sämtliche Rechnungsunterlagen...

Als Voraussetzung zur praktischen Auswirkung dieser einzuräumenden Rechte fordert der Kongress die Umwandlung des in § 11 B.G. vorgesehenen Beratungsrechts in ein Mitbestimmungsrecht.

In der Entschließung wird weiter ausgesprochen, daß der Kongress sich bemüht ist, daß die Erfüllung dieser Forderungen nicht lediglich durch den parlamentarischen Kampf...

Aus der Stadt

Karlsruhe, 12. Dezember.

Geschichtskalender

12. Dez. 1821 Der franz. Romancier Gustave Flaubert in Rouen. — 1916 Friedensangebot der Mittelmächte. — 1919 Hungertoten in Österreich.

Karlsruher Parteianrichten

Sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion. Mittwoch abend 6 Uhr im Stadtratssaal Fraktionsführung. Vollständiges Erscheinen der Fraktionsmitglieder ist erforderlich.

Mitteilungen aus der letzten Stadtratssitzung

Gebührenreduktion. Die im Gemeindebeschluss vom 19. Mai 1918 festgesetzten Einzelgebühren für die Tätigkeit der Ortsbaukontrolle und für Prüfung der Hausentwässerungsanlagen...

Förderung des Wohnungsbaues. Der Stadtrat gewährt in weiteren 3 Fällen Vaudarlehen an Einzelpersonen zur Erstellung von Neubauten, in einem Fall einen Vaudarlehenszuschuß zum Einbau einer Notwohnung.

Unbefugtes Betreten des Stadtparkens. Ein lediger Tagelöhner, der über die Einfriedigung in den Stadtpark einstieg, ohne im Besitze einer Eintrittskarte zu sein, wurde durch Strafbefehl des Amtsgerichtes Karlsruhe wegen Hausfriedensbruchs zu einer Geldstrafe von 20 M verurteilt.

Beamtenbeleidigung. Gegen einen Händler, der den städt. Obermarktmeister an Ausübung seines Dienstes beleidigt hat, wird Strafantrag wegen Beamtenbeleidigung gestellt.

Die teilweise Stilllegung der Karlsruher Lokalbahn und die Stellungnahme der Betriebsräte der Großbetriebe

Unter dem Vorsitz des Gewerkschaftssekretärs Hof nahmen die Betriebsräte der Großbetriebe in Karlsruhe Stellung zu der geplanten Einstellung der Karlsruher Lokalbahn.

Das einleitende Referat hatte der Kollege Fißler übernommen. An Hand reichender Materialien warf er einen historischen Rückblick auf den Lokalbahnbetrieb, dabei die Gründe darlegend, die seinerzeit zur Erbauung der Bahn Anlaß gaben. Wenn die Bahn auch nie großen Uberschuß abwarf, habe sie doch ihre Aufgaben in gewissem Maße erfüllen können.

Wiele Privatbahnen werden heute vom Staate u. v. subventioniert, während in diesem Falle Karlsruhe als Kommunalverwaltung allein die Opfer bringen soll. Er ermahnte daher, daß alle in Frage kommenden Betriebsräte und Gemeindevertreter ihre ganze Kraft einsetzen, um durch eine gesunde Finanzierung der Weiterbetrieb der Bahn zu ermöglichen.

Die Ausführungen des Referenten fanden den einmütigen Beifall der Versammelten, auch die anschließende Diskussion, an der fast sämtliche Vertreter der Großbetriebe sich beteiligten, ergab die einmütige Auffassung, daß die Bahn unter allen Umständen weitergeführt werden muß.

Die am 9. Dezember tagende Versammlung der Karlsruher Betriebsräte der Großbetriebe nimmt mit Bedauern Kenntnis von der geplanten Stilllegung der Karlsruher Lokalbahn. Sie erhebt im Interesse der Arbeiter und aus volkswirtschaftlichen Gründen gegen diesen Plan ganz entschiedenen Einspruch...

lung von Vertretern des Staates, der Gemeinden, Industrie und Handel über die Sache verhandelt und die Fortführung der Bahn sicher gestellt wird.

Nach kurzem Bemerkeln des Vorsitzenden konnte die sehr gut verlaufene Betriebsräteversammlung geschlossen werden. Jetzt liegt es an den Gemeinden und den anderen Interessenten, insbesondere aber am Staate, der Angelegenheit das nötige Interesse entgegenzubringen und dem einmütigen Wunsch der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen.

Betriebsräte- und Kartell-Delegierten-Versammlung

Auf die morgen Dienstag abend 5 Uhr im „Elefanten“-Saale stattfindende Versammlung sei auch an dieser Stelle nochmals hingewiesen. Die gewählten Betriebsratsmitglieder der freien Gewerkschaften sowie des Ortskartells des „Afa“-Bundes müssen erscheinen. Es gilt, Stellung zu nehmen zu den aufgestellten 10 Forderungen des A.D.G.B. sowie zur Mißfrage.

Am gestrigen „silbernen Sonntag“ — wie der zweite Sonntag vor Weihnachten genannt wird — an dem die Kaufleute offen hielten, herrschte recht reges Leben in unserer Stadt. Besonders in der Kaiserstraße war nachmittags sowie in den frühen Abendstunden Massenbetrieb, die reinste Menschenmenge wählte sich über die Bürgersteige.

Neue Freimarke zu 2, 3 und 4 M. Mitte Dezember werden neue Freimarken zu 2, 3 und 4 M. ausgegeben. Sie sind zweifarbig, bestehend aus einem helleren Untergrund in Quilloformmuster und einem dunkleren Ueberdruck, dem eigentlichen Markenbild.

Frequenz der Technischen Hochschule. Eingeschrieben sind für das laufende Wintersemester: 1793 Studierende und 175 Gehilfen. Die Studierenden verteilen sich auf die einzelnen Fachabteilungen wie folgt: Mathematik und allgemeine bildende Fächer 62, Architekturstudium 131, Bauingenieurwesen 279, Maschinenwesen 546, Elektrotechnik 442, Chemie 278.

Verkehr mit dem Fernsprechkamt. Das Fernsprechkamt hat die Handelskammer Karlsruhe darauf aufmerksam gemacht, daß eine Verzögerung der Gespräche auch dadurch eintritt, daß von verschiedenen Teilnehmern Beschwerden vielfach in erregtem Zustande und in der unständlichsten Weise vorgebracht werden.

Waffen zur Grippe-Versammlung. In der am Samstag unter vorstehendem Stichwort erschienenen Zuschrift hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es heißt darin: „Mit der Rolle der Fernrufnummer will die U.S.P. wieder brechen, weil sie mit derselben für das Proletariat nichts mehr herauszuholen kann.“

Die Ortsgruppe Karlsruhe der Deutschen Friedensgesellschaft hielt kürzlich ihre ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst ergriffte Herr Rechtsanwalt Cunn an Waldkirch Bericht über den General-Kongress.

Das nächste Pressefest ist auf Samstag, 4. Februar 1922, festgelegt worden. Es soll wiederum wie das letzte dazu dienen, Wohltätigkeitsbeiträgen des Vereins Karlsruher Presse und der Stadt die dringend erforderlichen Mittel zuzuführen.

Der seitherige Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Rechtsanwalt Friedberg, wie auch die übrigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

Der Betrüger. Am Samstag gelang es, den angeklagten Vertreter einer Zuderfabrik, der bei fiesigen Kaufleuten Bestellungen auf Zuder entgegennahm und sich Vorstöße in Höhe von 50 bis 100 M erscheinend, festzunehmen.

p. Taschendiebstahl am Hauptbahnhof. Am Samstag abend wurde wieder durch unbekanntes Täter, eine Frau, die sich hier auf der Durchreise befand, auf Bahnhofs 8 des Hauptbahnhofs aus der Handtasche der Geldbeutel mit 600 M Inhalt entwendet.

Waluta-Bericht vom 10. Dezember. Die Mark notierte heute in der Schweiz circa 2.77 1/2 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 87.06 M per holl. Gulden. Schweiz notierte etwa 88.33 M per schw. Fr. England notierte etwa 170 M per Pfd. Sterl. Frankreich notierte etwa 14.61 M per frz. Fr. Norwegen notierte etwa 187 1/2 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 12. Dezember 1921. Voraussichtliche Witterung: Meist heiter, trocken, etwas kälter, nachts Frost.

Classerstand des Rheins. Schifferstand 28, gef. 12; Rekl 121, gef. 7; Magaz 280, gef. 2; Mannheim 148, gef. 3 Zentimeter.

Kleine badische Chronik

Grüningen, 12. Dez. Heute früh 6 Uhr fuhr eine Kaugierabteilung eines Güterzuges mit solcher Wucht auf das Bahngleis der Güterhalle, daß sie den Brechboden nebst Bahngleis überfuhr und den bahnhofsseitigen Mauer vollständig zertrümmerte.

Wannloch, 9. Dez. Gestohlen wurde einem Tabakhändler hier die Summe von 260 000 M, die zur Auszahlung für Tabakplanken bereit gestellt war.

Mannheim, 10. Dez. Gestern abend nach 7 Uhr entstand im Keller des Warenhauses Raaber ein Brand. Die zu Hilfe eilende Feuerwehr mußte mit Rauchmasken vorgehen und konnte wegen der großen Hitze nur unter Ablegung arbeiten.

Mannheim, 10. Dez. Gestern abend nach 7 Uhr entstand im Keller des Warenhauses Raaber ein Brand. Die zu Hilfe eilende Feuerwehr mußte mit Rauchmasken vorgehen und konnte wegen der großen Hitze nur unter Ablegung arbeiten.

St. Blasien, 10. Dez. Der bekannte russische Dichter Maxim Gorki ist mit seiner Familie im hiesigen Sanatorium zur Kur eingetroffen.

Vom Schwarzwald, 10. Dez. Eine merkwürdige Erscheinung. Merkwürdigerweise will in diesem Herbst, wie aus dem Schwarzwald berichtet wird, das Laub nicht von den Bäumen fallen.

Verkehrsperren. Aufgehoben ist Annahmeperrre für Frachtgut nach Köln und Ost-West.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Alice Brigitte, v. Fritz Maier, Jübilingskinder, Hans, R. Mich. Roller, Beamter b. Landwirtschaftskammer, Alfred Anton, v. Franz Weber, Schmied. Kurt Karl Emil, v. Karl Schmid, Metzgermeister. Ilse Maria, v. Anton Wulfinger, Reichender. Emsbacher Anna Gertrude, v. Emil Hanfer, Wäckermeister. Kuno Donatus, v. Donatus Gurt, Kaufherr.

Bereinsanzeigen

(Vergängungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme) Karlsruhe. (Naturfreunde, Jugendabteilung.) Dienstag 8 Uhr im „Storchennest“, Ede Scheffel- und Sophienstr. 7581

Dr. Bahr's Zahnpulver, No 23

„das rechte Zahnpulvergemisch“ In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien. In Karlsruhe Drogerie O. Roth, Herrmannstr. 26/28, Drogerie R. W. Lang, Kaiserstr. 24, Drogerie W. Tschornig, Amalienstr. 19.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Josephine Lutz

nach langem schweren Leiden durch den Tod Erlösung fand. Die trauernd Hinterbliebenen: Familie Moritz Lutz Gesehw. Echernich

Karlsruhe, den 12. Dezember 1921. Beerdigung findet Dienstag, den 13. Dezember 1921 nachmittags halb 3 Uhr statt. Trauerhaus Schützenstraße 61, 4. Stod.

stagnant... die sich hier... ptbahn... entwendet... kam ein... safen einer... wurde an... drückt, daß... los in das...
ber... 2.77%... 1. Gulden... und notier... 14.61...
Landes...
Men, etwas...
Ragau 280,
ik... eine Man... das Babe... steig über... erte. Men... 15 000... dem Tabak... Ausgab...
d. In der... des Josef... ter gerührt... mpfung sich... nicht feht... wurde die... Sie hatte...
hr entstand... Die zu Hilfe... und konnte... iten. Nach... es Brandes... beiten wur... keinerlei... auf mehrere...
sigen Wirt... unglau... terabend zu... urdlochten... rügelten die... ten auf den... 41, einen 41... wußlos ge... runde, mo... wurde. Er... Teil lebens... des Bezirks... des Verhaf... int ein 84... der jungen...
che Dichter... Sanatorium...
Erfindung... dem Schwär... fallen. Gem... schon... Ethen, von... Raubschmid... t. Auch bei... haben auch...
für Fracht...
rube... wilingeneu... hstfammer... ri Emil, W... n Wuhlinger... nter, Bäder...
nt 75 Jahre... hle, Schul... eter Raufsch... e, Wwe. v...
u mehr Galt... 1.50 bis 2... (Aufnahme)...
Dienstag... enster, 7581...
ndnot, dabe... Regemittel... 4... Karlsruher... W. Lang... enstraße 19...
traurige... chweiser...
ng fand... ebenen:...
Luz...
ber 1921

Jugend * Wandern * Spiel * Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag Arbeiter-Turn- und Sportbund

Sonderklasse Gruppe 1 (Karlsruhe)
Freie Turnerschaft Karlsruhe I — Durlach I 1:0 (0:0).
Ein schöner Sport wurde wiederum geboten. Der Halbzeit war kein zählbares Resultat zu konstatieren. In der zweiten Hälfte konnte Karlsruhe durch einen Eckball, der schon verwandelt wurde, erfolgreich sein. Trotzdem Durlach von gutem Kampfsgeist befeuert war, war ihm kein zählender Erfolg beschieden. Karlsruhe hat sich mit diesem Spiel die Gruppenmeisterschaft gesichert.
2. Mannsch. 1:0, 3. Mannsch. 2:0, 4. Mannsch. 6:2 für Karlsruhe.

Sonderklasse Gruppe 2 (Pforzheim)
„Bahnfrei“ Grötzingen — Freie Turnerschaft Pforzheim. 1. Mannsch. 3:2 (0:1), 2. Mannsch. 2:2 (2:1), 3. Mannsch. 0:1 (0:0). Die Spiele sämtlicher Mannschaften verliefen äußerst spannend und fair.

Klasse A, Gruppe 3 (Karlsruhe-Bruchsal)
Durlach — Mörch. 1. Mannsch. 2:1, 2. Mannsch. 1:0.
Arb.-Sp.B. Eggenstein — Fr. L. Liebelsheim. 1. Mannsch. 6:1 (3:0), 2. Mannsch. 0:1 für Liebelsheim.

Klasse B, Gruppe 4 (Albtal)
Sohowetterbach — Langensteinbach. 1. Mannsch. 4:3, 2. Mannsch. 0:2.
Grünwetterbach — Spielberg 1:5.

Weitere Sportveranstaltungen
Verbands Spiele. 1. Abteilung. Sportklub Pforzheim — S.C. Freiburg 2:4; F.B. Weierheim — F.R. Pforzheim 0:2; Germania-Durlach — F.C. Pforzheim 0:3. 2. Abteilung. F.C. Wittenfeld — F.C. Mühlburg 3:3; Pöschner Karlsruhe — F.V. Offenburg 3:0; F.S.G. Freiburg — F.S. Lörrach 11:0.

Berg frei! — Ski heil!

Wenn der Schnee sich langsam, sanft dem Himmel senkt, freut sich die Jugend unmaßstäblich. Schlittenfahren, Schneemänner oder gar Schneeballschlachten stehen in Aussicht. Welches Kinderherz schlägt da nicht schneller in Erwartung solcher Freuden? Wer von den Asten denkt nicht mit Behagen an diese schöne Zeit zurück. Nur der vertrocknete, alle Spielbürgerliche Eigenbedürfnisse nicht zurechtfindende, in seine mehr oder weniger, je nach seinen Beziehungen zu einem Knechtshändler, überhöhte Klausur zurück, sobald die erste Schneeflocke vom Himmel wirbelt und er die darob erfreuten, laut jauchenden und rufenden Kinder vernimmt.
Diese Freude am Schnee, am Winter, an der Natur haben sich eine große Anzahl Arbeiter, auch bis ins hohe Alter, bewahrt, und viele Naturfreunde veranlaßt gerade der Winter mit seinem alles gleich machenden weißen und doch so farbigen Schnee, zu eifrigen Wandern. Im Gebirge, wohin es doch die meisten Wanderer zieht, ist es natürlich schwer, im oft tiefen Schnee zu gehen, und so bewaffnet er sich mit den, auch so langen

und anscheinend ungelassenen Hölzern. — Ski — oder wie der langjährige Schläfer oft mit innigem Tone sagt „die Brettle“. Diese machen es erst möglich, den Winter, die Schneelandschaft in wollen Zügen, im wahren Sinne des Wortes, zu genießen. Die Naturfreunde haben das schon lange erkannt und so wurde bereits im Jahre 1910 von der Ortsgruppe Karlsruhe, und später von allen größeren Ortsgruppen besonders in Baden, Winter Sportabteilungen ins Leben gerufen, die seither es einer großen Anzahl aus der arbeitenden Klasse, möglich machten, sich diesem schönen und gesunden Sport zu widmen und die notwendige Anleitung im Skilaufen erteilen. Die vorhandenen Unterkunfts Häuser, die zum größten Teil in schönem, zum Skilauf bestgeeignetem Gebiete liegen, tragen wesentlich hierzu bei und bieten prächtige Stützpunkte für Skitouren.
So hat auch dieses Jahr die Winter Sportabteilung der Naturfreunde, Ortsgruppe Karlsruhe, bereits ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, mit der Aufgabe, neben dem Skilauf auch das Tobeln und Eislaufen zu pflegen.
Zusammenkunft und Auskünfte jeden Freitag abend im Vereinslokal „Cambrius-Halle“. — Also auf zu frühlicher Fahrt! Berg frei! — Ski heil!

Gegen die Besteuerung sportlicher Veranstaltungen

Die Heranziehung rein sportlicher, sowie bildnerischer und gemeinnütziger Veranstaltungen zur Luxussteuer ist eine Ungerechtheit sondergleichen. Welch tolle Blüten man mit der Besteuerung solcher Veranstaltungen treibt, ist aus folgendem Fall ersichtlich. Der Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe veranstaltete kürzlich einen Lauteabend, dessen Einnahmen den Opfern von Oppau überwiesen wurden. Die Künstler, welche mitwirkten, vergüteten auf jedwede Entschädigung, der Lokalinhaber berechnete nur die äußersten Unkosten, die Programme wurden vom Bruder zum Selbstkostenpreis geliefert, also alle in Betracht kommenden Faktoren berücksichtigt eingedient es eben Zweckes der Veranstaltung auf jeden Verdienst. Anders aber die Stadt Karlsruhe, nur sie allein wollte etwas verdienen und belegte deshalb diese Wohltätigkeitsveranstaltung mit Luftbarkeitssteuer. Nach ihrem Dafürhalten sind also Veranstaltungen, welche den Opfern von Oppau Hilfe bringen wollen, Vergünstigungen, die zur Luftbarkeitssteuer herangezogen werden müssen.
Angeichts solcher Leistungen ist es nur zu verständlich, daß sich die Sport- und Jugendpflegevereine gegen derartige Ungerechtigkeiten wehren. Und die Karlsruher Sportler und Turner aller Richtungen haben sich am letzten Donnerstag auch gegeben. In einer gut besuchten Versammlung machten sie Front gegen die Besteuerung der Reisesportvereine. Das einleitende Referat hielt Herr Rechtsanwalt Steinle, der darauf hinwies, daß es Pflicht von Staat und Gemeinden sei, die Reisesportvereine zu unterstützen und ihre sportlichen Veranstaltungen nicht zu besteuern. Sportliche und turnerische Ver-

anstaltungen seien doch kein Jahrmarkt, Varieteevorstellungen usw. Die Karlsruher Turn-, Sport- und Jugendpflegevereine aller Richtungen erwarten, daß sämtliche rein sportlichen Veranstaltungen von der Besteuerung frei zu lassen sind. In der Aussprache traten sämtliche Redner für Aufhebung der Besteuerung ein, denn die Arbeit der Turn- und Sportvereine liege im Interesse des deutschen Volkes. Auch die Vertreter der Ratshausfraktionen sagten den Turn- und Sportvereinen Unterstützung zu. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Stadtrat Schwert, betonte, daß die Sozialdemokratie eine solche Steuer grundsätzlich ablehne. Er nahm aber auch die Gelegenheit wahr, die schlechten Finanzverhältnisse der Stadt darzulegen, weshalb letztere, wie ein Ertrinkender nach dem Strohhalm, nach jeder auch der kleinsten Steuer greife. Daß mit diesen Worten der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion nicht den ungeteilten Beifall erzielte, war für jeden verständlich, der die „Kurzweiligkeit“ kennt, für welche außer ihrem Sport ja nichts mehr existiert. Sich mit politischen Fragen zu befassen, ist für viele bekanntlich eine schwache Seite. Dies soll kein Vorwurf sein, aber nachdem Genosse Schwert auf etwas Mißverständnis gestoßen ist, halten wir es für notwendig, dies zu erwähnen. Der Extrait des Referats und der Aussprache wurde in folgender Umschließung zusammengefaßt, die einstimmige Annahme fand:
„Die unter Führung des Stadtverbandes für Reisesportübungen und Jugendpflege gemeinsam mit dem Arbeiter-Sportkartell heute im Löwentachen versammelten Turn- und Sport- sowie Jugendpflegevereine erwarten, daß ihre rein sportlichen Veranstaltungen als steuerfreie Veranstaltungen in der Vergünstigungssteuerordnung der Stadt Karlsruhe anerkannt werden, denn sie dienen ausschließlich den Reisesportübungen und der Jugendpflege und sind keine gewerbsmäßigen Veranstaltungen.“
Wir erwarten, daß der Stadtrat unverzüglich mit den Vertretern der Turn-, Sport- und Jugendpflegevereine in Verbindung tritt, um eine sofortige Aufhebung der Vergünstigungssteuer für rein sportliche Veranstaltungen herbeizuführen.“
Hierauf wurde die gut verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden Herrn Prof. Ballweg, geschlossen. Mögen sich die an sie geknüpften Hoffnungen erfüllen.

gl. Ein Winterfest im Gebirge. Die Ortsgruppe Karlsruhe-Baden der Deutsche-Österreichische Alpenvereine hatten ihre Mitglieder, Freunde und Gönner zu einem „Winterfest im Gebirge“ auf letzten Mittwoch in den großen Festhallsaal eingeladen. Wald war der große Festhallsaal für alle Teilnehmer zu klein. In festlich geschmückter Saale herrschte ein buntes Treiben. Das große Podium war in eine Winterlandschaft verwandelt, herrlich grühten die Berge mit dem Abendsonnenschein, an der Seite war die gutbesuchte Engländerbude und in der Mitte des Podiums die Nodelbahn. Wenn auch ohne Schnee, so ging die Nodelpartie auf Rollen genau so gut, nur war die Strecke sehr kurz. Für gute Werfer war ein Schneemann mit einem schönen Ahlenderhut aufgestellt, das Ziel wurde in das Feldbergstübchen umgetauscht und konzertierte hier das Schrammelquartett. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete das Tanzturnier. Kapellmeister Rudolph sorgte für reichhaltige Abwechslung in den verschiedenen Tänzen. Mitglieder des bayerischen Gebirgsstrachtenvereins gaben einen Schupplattler zum besten. Die beiden Veranstalter können mit Stolz auf den Abend zurückblicken, ist der Reingewinn doch zur Erbauung einer Skihütte für die Jugendabteilung der beiden Vereine bestimmt.

Reise- und Sporhaus
Eduard Müller
Kofferfabrik
Waldstr. 45 Karlsruhe B. Telef. 2165
Beste und billigste Bezugsquelle
:- für sämtliche Sport-Geräte :- 7840

Soziale Rundschau

Militärverorgungsgericht Karlsruhe
Tagesordnung für die Sitzung am Mittwoch, den 14. Dez. 1921: 9 Uhr: Präkator Emil, Karlsruhe, Fauch Johannes, Karlsruhe, Klauhn Georg, Karlsruhe; 10 Uhr: Kerl Johanna, Karlsruhe, Krämer August, Hambrüden, Geiger August, Malch; 11 Uhr: Keß Friedrich, Rengingen, Kindvogel August, Bruchsal, Ketterer Josef, Ottersdorf; 12 Uhr: Klingner Friedrich, Illenau, Wdhm Karl Emil, Sträßburg, Heß Johann, Oberader.

Staatshilfe für Invaliden und Kleinrentner
Dem „Berl. Tageblatt“ zufolge sind die Regierungsmassnahmen zur Binderung der Not unter den Invaliden und Kleinrentnern als abgeschlossen anzusehen. Für die Invalidenrentner und die Rentner aus der Angestelltenversicherung stellt ein jetzt fertiggestellter Gesetzentwurf eine Unterstützung der Reichsregierung für das Rechnungsjahr 1921 in Höhe von

Theater, Kunst und Wissenschaft

Aus der Arbeiterfängerbewegung. Der Gau Württemberg des Deutschen Arbeiterfängerbundes hielt in Göttingen seine 21. Generalfammlung ab, bei der 172 Vereine mit rund 11 000 Sängern und Sängerinnen durch Abgeordnete vertreten waren. Wegen der Kosten wird das Landesfängerfest noch einige Jahre verschoben werden.

Deutscher Arbeiter-Theater-Bund, Gau Baden. Man schreibt uns: Zum ersten Male traten am Sonntag, 20. Nov., in Achern die dem Deutsch. Arb.-Theaterbd. angeschlossenen Vereine zusammen zur ersten Bezirkskonferenz des 27. Bezirks (Gau Baden). Nach Eröffnung der Konferenz durch den ersten Regisseur des bisher leitenden Vereins (Ortsgruppe Oberkirch) Herrn Härtig nahm der Bundes-Vertreter und Gau-Beiter F. Schultze das Wort, um über Entstehung, Ziel und Zweck des Bundes zu sprechen. Darnach wurde die beantragte Aufnahme des Theaterklubs „Frei Heil“ Achern vorgenommen und dann zur Wahl einer offiziellen Bezirks-Leitung geschritten. Als Bezirks-Beiter wurde einstimmig auf Vorschlag des Gau-Beiters der tüchtige und erfahrene Regisseur der dramatischen Abteilung der „Freien Sänger“ Gengenbach, Gen. Joh. Kirzberger gewählt; die übrigen Ämter wurden dann auf die einzelnen Vereine verteilt. — Der erste Grundstein zum Aufbau der Bewegung in Baden wäre nun gelegt. Mögen noch viele andere Vereine, die der freien Arbeiterbewegung angehören, zur Erkenntnis unserer Ziele kommen und in unsere Reihen treten. Es gilt nicht nur die Befriedigung der theatralischen Triebe oder eines Unterhaltungsbedürfnisses, nein, jeder Kollege muß durchdrungen sein von dem Gedanken, seinen Kameraden gegenüber eine große Mission zu erfüllen: dem Proletariat proletarische Aufführungen, proletarisch-dramatische Kunst zu geben bzw. vorzuführen. Alle talentierten, intelligenten Kameraden müssen herangezogen werden zu diesem großen Werke zum Wohl unserer Republik und des ganzen arbeitenden Volkes. Die dem Bund angeschlossenen Vereine wollen den Weg gehen, der zur Freiheit, zur Höhe führt; jedoch müssen sie auf die Unterstützung aller Genossinnen und Klassen-genossen hoffen, entweder aktiv oder passiv; jeder tue das seine, damit das Wort Wahrheit werde: Die Kunst aus dem Volk, für das Volk! (Anmeldungen werden stets entgegengenommen.)
G. Sch.

1 Milliarde vor. Die Hilfe für die Kleinrentner wird nicht auf gezielte Weise, sondern nur vom Reichsarbeitsministerium herausgegebene Richtlinien umfassen. Die Richtlinien, die ebenfalls bereits fertiggestellt sind, geben die Art der Verteilung der Staatshilfe und den Kreis der in Betracht kommenden Personen an. Im großen und ganzen wird den einzelnen Gemeinden ziemlich freie Hand gelassen. Die Summe, die vom Reich für die Kleinrentner aufgewandt werden soll, beträgt 100 Millionen Mark. Nach Schätzungen in unterrichteten Kreisen summiert etwa eine Viertelmillion bedürftige Kleinrentner in Frage. Die 100 Millionen vom Reich sollen als Zuschuß zu den von den Ländern und Gemeinden den notwendigen Kleinrentnern gegebenen Unterstüßungsbeiträgen verwendet werden. Bei der Verteilung der Unterstüßungsbeiträge soll besonders das Alter und der Grund der Arbeitsunfähigkeit des Bedürftigen berücksichtigt werden. Die Auszahlung des Unterstüßungsbeitrages soll nicht im ganzen, sondern in Raten erfolgen.

Gemeindepolitik

Pforzheim, 8. Dez. Drohende Erwerbslosigkeit. Durch den Frost hat die Erwerbslosigkeit im Baugewerbe besonders zugenommen. Der Stadtrat hat daher beschloffen, mit den Erarbeitern für die Wasserwerkserweiterung bei Niefern beginnen zu lassen. Außerdem wird mit Erarbeitern auf verschiedene Postellen, der gemeinnützigen Baugesellschaft und der Gas- und Wasserwerke begonnen.

Reibelsberg, 9. Dez. Verlehr an der städt. Sparkasse. Für den Monat November haben die starken Milderhebungen weiter angehalten. Den Einlagen mit 2 831 871 M. stehen Rücklagen im Betrage von 3 572 029 M. gegenüber, es wurden also 1 249 758 M. mehr zurückerhalten als eingelegt sind.

Reibelsberg, 5. Dez. Die Wahlsittel der fünf Parteien wurden bekanntlich bei der badischen Landtagswahl gemeinsam mit der amtlichen Wahlscheine durch die Stadt verschickt, und es war damals vereinbart worden, daß Stadt und Parteien die Kosten gemeinsam tragen wollen. Der Stadtrat hat sich, wie wir hören, bereit erklärt, die Hälfte der Kosten für den Stadtsäckel zu übernehmen.

Rahr, 7. Dez. Der hiesige Bürgerausschuß zeigte sich in seiner letzten Sitzung sehr bewilligungsfreudig und auch sehr arbeitslustig. Er erledigte nicht weniger als 13 Punkte der Tagesordnung und 16 Vorlagen. Der größte Teil der Vorlagen betraf die Bewilligung von Krediten zur Behebung der Wohnungsnot. Der Arbeiterbauvereinsgesellschaft wurden 20 000 M. bewilligt und die Aufnahme eines Darlehens bei der Sparkasse in Höhe von 200 000 M. zu gleichem Zweck gutgeheißen. Der Wohnungsbaugenossenschaft, die 18 Einfamilienhäuser hauptsächlich für Beamte der Reichspost, des Hauptzollamtes und der Industrie erbauen will, wurde ein Darlehen von 650 000 M. bewilligt nachdem sich die Reichspost um, gleichfalls bereit erklärt hatten, entsprechende Zuschüsse zu bewilligen. Kleinere Kredite wurden einzelnen Privatden bewilligt. Drei ehemalige militärische Gebäude wurden zu 500 000 M. verkauft. Für Straßenunterhaltungszwecke wurden rund 272 000 M. bewilligt, sowie der Kleinrentnerfürsorge 500 000 M.

Neustadt, 4. Dez. Wohnungsfürsorge. Um die für die Bekämpfung der Wohnungsnot notwendigen Geldmittel zu erhalten, greifen die Schwarzwaldbgemeinden zu dem Mittel eines außerordentlichen Holzhebendes. Dies hat auch der Bürgerausschuß in Neustadt getan. Aus dem Ergebnisse des außerordentlichen Holzhebendes soll auch die Wasserleitung erweitert werden.

Kleine Nachrichten

Schweningen. Dem Privatier Michael Ruch von Windheim in Bayern wurden aus einem Wäschekorb 6000 M. in Goldstücken, also eine Summe, die einen Wert von 600 000 M. darstellen, gestohlen. Der des Diebstahls verdächtige Kader Wank von hier konnte sich über den Besitz von 14 Zwanzigmartstücken und 47 000 M. Papiergeld nicht ausweisen.

Ludwigshafen. Einen sehr wertvollen Fund machte der Pfarrr in Lindenheim. Er fand unter alten Schriften ein Buch aus dem Jahre 1380, das von einem Mönch aus dem Kloster Limburg bei Bad Dürkheim geschrieben ist. Das Buch ist etwa 2 Zentimeter dick, in zwei sehr starke Deckel aus Buchenholz gebunden und mit Messing reich verziert. Die Schrift ist noch tief schwarz und auf feinstem Pergament geschrieben. Der Fund ist von großer historischer Bedeutung und sehr wertvoll nach Form und Inhalt.

Mains. Einer Meldung des „Vorwärts“ aus Mainz zufolge wurde dort eine Einbrecherbande verhaftet, die gerade dabei war, ein großes Lager auszuräumen. Die Mitglieder der Bande waren mit Revolvern und Dolchen bewaffnet. Sämtliche Verhaftete sind führende Mitglieder der kommunistischen Partei, darunter der Führer der Mainzer Arbeitslosenbewegung, Spindelberger. Bei den vorgeommenen Hausdurchsuchungen wurde ein gut eingerichteter Verbrechenbetrieb, in dem es an Diebstehwerkzeug nicht fehlt, aufgedeckt.

Auzern. Am Freitag nachmittag ereignete sich ein schweres Unglück beim Abbruch der alten Eisenbahnbrücke über die Reuf bei Auzern. Beim Herausnehmen einer nichtexplodierten Sprengladung ging diese plötzlich los, wobei zwei Ingenieure und ein Arbeiter getötet und vier Arbeiter schwer verletzt wurden.

Letzte Nachrichten

Teuerungszuschläge und Ortsklasseneinteilung

WTB. Berlin, 10. Dez. In einer Besprechung der Parteiführer im Reichstag wurde vereinbart, daß für die höher gesteuerten Orte die Auszahlung der Teuerungszuschläge zu den Beamtengehältern nach vor Weihnachten stattfinden, daß aber das Ortsklassenverzeichnis nochmals dem Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten zur Begutachtung zugehen solle, so daß also die Gesetzentwürfe nicht ohne eine Debatte verabschiedet werden könne, wie ursprünglich in Aussicht genommen war.

Bergarbeiterstreik wegen Lohnkürzung

WTB. Paris, 11. Dez. Nach einer Anasmeldung aus Etienne haben die dortigen Bergarbeiter für Montag einen 24-stündigen Streik beschloffen, der einen Protest gegen die Herabsetzung der Löhne und eine Warnung darstellen soll.

Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Mittel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kappel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Achtung! Achtung!
Gewerkschaftskartell und Betriebsräte!

kombinierten Versammlung

der Kartelldelegierten u. Betriebsratsmitglieder
auf Dienstag den 13. Dezember, nachm. 5 Uhr,
im Saale des „Elefanten“, Kaiserstraße 42.

- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den 10 Forderungen des A. D. G. B. Referent: Gewerkschaftssekretär W. H. P.
 2. Stellungnahme zu der Mitüberlegung von Betriebsratsmitgliedern sämtlicher Betriebe für unbedingt erforderlich. 7521

Ortsausfluß Karlsruhe des A. D. G. B.
G. Schulenburg.
Der Vollzugsrat der Betriebsratszentrale Karlsruhe.
W. Koch, H. Vorhieser.
Ortskartell der freien Angelegten-Verbände.
E. W. W.

Mieter- u. Untermieter-Vereinigung Karlsruhe (G. B.)

Wichtiges Erscheinen der Kartelldelegierten und Betriebsratsmitglieder sämtlicher Betriebe ist unbedingt erforderlich. 7521

Wiederholt warnen wir die Mieter

vor jeder von ihnen verlangten Unterschrift. Zuerst hat einholen in unseren Sprechstunden.

Achtung! Achtung!
Ein neuer Trick, Mitglieder zu fangen, wird von dem Mieterverein (Abbildung der Mietervereinigung) benutzt. Es wird an unsere Mitglieder, welche eine Sache beim Wohnungsamt anhängig haben, eine lithographierte Postkarte folgenden Inhalts:

„H. H. In Ihrer Mietsache eruchen wir Sie, an einem der nächsten Abende bestimmt auf unsere Gebahren. Es wäre aber interessant zu erfahren, woher der Verein diese Adressen erfährt? 7577“

Donnerstag, 15. Dezember, abends 8 Uhr, im „Prinz Heinrich“, Kurdenstraße 19
Mieter-Versammlung.

Händlerbesprechungen.

Die Weiterberufungsbesprechungen nach § 22 A. St. G. 1919 §§ 201 und 205 der Kaufm. Ver. (Die sogenannten Händlerbesprechungen) für das Kalenderjahr 1921 beiderseits mit dem 31. Dezember d. J. Ihre Gültigkeit. Wer rechtzeitig in den Besitz der Bescheinigung für das Kalenderjahr 1922 gelangen will, soll ihre Ansetzung beim Finanzamt sofort beantragen. Das Gleiche gilt auch für die Bescheinigungen zum Zugsteuerfreien Bezug von Gegenständen, die sonst der Zugsteuer unterliegen, durch Weiterbearbeiter (Beize, Automobile etc.) usw. 2778

Die Badische Landwirtschaftskammer veranstaltet am 28. und 29. Dezember d. J. in Karlsruhe im Saale III der Brauerei Schreyer, Waldstraße 16, einen **Geflügelmarkt**, jeweils in den Stunden von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, mit zweitägiger Mittagspause. Die Teilnahmegebühr beträgt 5.— Mk. und wird zu Beginn des Marktes erhoben. Anmeldungen werden bis zum 22. Dezember d. J. entgegengenommen. 7578

Badische Landwirtschaftskammer
Der Vorsitzende: Gehbard.

Es lohnt sich
die formschönen
Baubund-Möbel
ohne Kaufzwang zu besichtigen
Verkauf
kompl. Wohnungseinrichtungen
sowie
geschmackvoller Einzelmöbel
gegen bar und Teilzahlung.
Bad. Baubund G. m. b. H.
Karl-Friedrichstr. 22 Rondellpl.
Geöffnet von 8-6 Uhr. — Tel. 5157

Gänse-Lebern
werden am besten bezahlt bei
Adolf Rinderspacher Eberländer
Karlsruhe
Kademeierstraße Nr. 7 — Telefon Nr. 5066.

Kommen Sie möglichst
7575 am Vormittage
zum Einkauf.
Nachmittags ist der Andrang außerordentlich groß.
Sellen, Waschmittel, Kerzen, Weihnachtskerzen, Toilette-Artikel.
Gebo-Seifenhaus
7575 (Fabrikniederlage)
Kaiserstr. 38a. Telefon 832
neb. d. Elefant. Karlsruhe Geöff. v. 8-7 Uhr

Kommen Sie möglichst
7575 am Vormittage
zum Einkauf.
Nachmittags ist der Andrang außerordentlich groß.
Sellen, Waschmittel, Kerzen, Weihnachtskerzen, Toilette-Artikel.
Gebo-Seifenhaus
7575 (Fabrikniederlage)
Kaiserstr. 38a. Telefon 832
neb. d. Elefant. Karlsruhe Geöff. v. 8-7 Uhr

Bekanntmachung!
Nachdem der Reichsverband Deutscher Mineralbrunnen beschlossen hat, seine Verkaufspreise den weitersteigenden Gesteigungs- und Betriebskosten, dem **teueren Flaschenbruche** und den **höheren Frachtauslagen** anzupassen, sehen sich auch die Unterzeichneten im Einverständnis mit dem **Mittelbadischen Brauereiverband**, zu einer entsprechenden Anpassung ihrer Verkaufspreise veranlasst.

Preise für Wiederverkäufer:	Ladenpreise:
für Mineralwasser . . . 1/1 Ltr. 3.00	für Mineralwasser . . . 1/1 Ltr. 3.60
„ „ . . . 1/2 „ 2.00	„ „ . . . 1/2 „ 2.40
„ Limonade und limonadeähnliche Getränke . . . 1/3 „ 1.00	„ Limonade und limonadeähnliche Getränke . . . 1/3 „ 1.20
„ „ . . . 1/2 „ 1.20	„ „ . . . 1/2 „ 1.40
„ „ . . . 1/1 „ 2.00	„ „ . . . 1/1 „ 2.40
für Sodawasser . . . 1/3 „ 0.60	für Sodawasser . . . 1/3 „ 0.75
„ Syphon . . . 1/1 „ 2.50	„ Syphon . . . 1/1 „ 3.00

Für Wirte versteht sich der Verkaufspreis je nach ihren Lokalen.
Flaschenpfand für 1/1 und 1/2 Ltr. Flaschen Mk. 2.—
Flaschenpfand für 1/3 Ltr. Flaschen Mk. 1.—
Die Flaschen bleiben Eigentum der Firma und müssen auf jeden Fall zum hinterlegten Pfand zurückgegeben werden, andernfalls die Flaschen zum Tagespreis in Rechnung gestellt werden.
Hochachtungsvoll
Verein der Mineralwasser Fabrikanten von Karlsruhe und Umgebung. 7586

Wickel- und Zigarrenmacherinnen
per sofort gesucht
Louis Maier
Zigarrenfabrik 7530
Sofienstraße 114.

Wegen Heirat meines langjährigen Mädchens zum 1. Januar tüchtiges **Allein-Mädchen** gesucht.
Franz F. Dreifuss,
Belofstr. 9 II.

Haushälterin
Unabhängige, saubere und fleißige Frau, ca. 50 Jahre, die einen kleinen französischen Haushalt bei einem älteren Handwerker und seinem erwachsenen Sohn führen möchte bei freier Station und Entgelt sofort gesucht. Offerten unter Nr. 7583 an das Volksfreundbüro.

Blane Arbeits-Nuzüge
Drück-Nuzüge, fräht, Arbeits-Ofen, feibarene Tschosen, gestriete Sojen — in großer Auswahl — zu billigen Preisen.
Levy
An- und Verkaufsgeschäft
Marktgrafenstr. 222
Telephon 2015. 7588

Gänselebern
kaufe fortwährend, zahle bis 100 Mk. per Pfund
Max Pfeifferle
Goethestraße 35

Ausschneiden.
Billige Weihnachts- u. Neujahrs-Tage.
Während unseren „15 billigen Tagen“ haben wir gesehen, wie groß die Not nach einer guten billigen Beschöpfung ist. Daher haben wir uns entschlossen, weitere billige Tage über Weihnachten und Neujahr zu geben.
la Kerniedersohlen
für Herren, komplett mit Fleck Mk. 55.—
„ Damen „ „ „ 45.—
la Qualitäts-Gummibeschöpfung
durch einen Briefträger mit bestem Erfolg ausprobiert; ebenfalls konkurrenzlos in Preis und Qualität
Badische Gummi- und Lederbeschöpfung, Kapellenstr. 10, Josefwalder.
Annahmestellen:
Oststadt-Mittelstadt: Hauptreparaturbetrieb, Kapellenstr. 10
Südstadt: Schuhhaus Altschüler, Vorderplatz, Ecke Wilhelmstr.
Weststadt: Schuhhaus Betsche, Uhlendstraße 35.
Durlach: Laden, Schloßstraße, neben Gasthaus zur Traube.
Etlingen: Laden Marktstraße 6.

Aufbewahren.

Badisches Landestheater.
Montag, den 12. Dezember, 7-9 Uhr Mk. 10.—
IV. Sinfoniekonzert des Bad. Landes-theaterorchesters.
Leitung: Fritz Cortolezis. Solisten: Marie von Ernst, Prof. Heinrich Kaspar Schmid, Gustav Gierschner, Paul Kämpfe, Benno Kläwer, Alois Spranger, Oskar Wenk.

Palast-Theater
Herren-Strasse.
Ab heute Der größte indische Sensations- u. Ausstellungs-Film, welcher augenblicklich gezeigt wird.
Der heilige Haß
I. Teil
Eine abenteuerliche Hochzeitsreise
in 5 Akten nach dem Manuskript von Maria Marlon u. Manfred Noa
In der Hauptrolle: **Tzwelfa Tzerischeff.**
Der Nefte als Onkel
Lustspiel in 3 Akten mit dem beliebtesten Künstler **Paul Heidemann**
in der Hauptrolle.

Neue Damen-Schuhe
Paar Mk. 125.— und Mk. 145.—, auch andere Schuhwaren, sehr preiswert.
Bähringerstraße 53 a, Laden. 7446

Billige Weihnachts- u. Neujahrs-Tage.
Während unseren „15 billigen Tagen“ haben wir gesehen, wie groß die Not nach einer guten billigen Beschöpfung ist. Daher haben wir uns entschlossen, weitere billige Tage über Weihnachten und Neujahr zu geben.
la Kerniedersohlen
für Herren, komplett mit Fleck Mk. 55.—
„ Damen „ „ „ 45.—
la Qualitäts-Gummibeschöpfung
durch einen Briefträger mit bestem Erfolg ausprobiert; ebenfalls konkurrenzlos in Preis und Qualität
Badische Gummi- und Lederbeschöpfung, Kapellenstr. 10, Josefwalder.
Annahmestellen:
Oststadt-Mittelstadt: Hauptreparaturbetrieb, Kapellenstr. 10
Südstadt: Schuhhaus Altschüler, Vorderplatz, Ecke Wilhelmstr.
Weststadt: Schuhhaus Betsche, Uhlendstraße 35.
Durlach: Laden, Schloßstraße, neben Gasthaus zur Traube.
Etlingen: Laden Marktstraße 6.

Aufbewahren.

Verloren
Routag vormittag eine silberne **Damen-Arm-Uhr** von Karl-Friedrich-Str. bis Marienstr. oder von da bis Bahnhof. Da Anzeichen hohe Belohnung, die den Wert der Uhr übersteigt. Abzugeben bei **W. K. K. K.**, Marienstr. 68 (Laden) 7555

Gänselebern
kauft fortwährend zu höchsten Tagespreisen.
H. Weener, Mühlburg.
Kardinalstraße 11. 6728

Kleider, Schuhe
Wäsche, Möbel, kaufen Sie am billigsten im **An- u. Verkaufsgeschäft Grotzer**, Bähringerstraße 53 a, Laden. 7448

Witraden - Garnur
für Anoden, weiß, billig zu verkaufen.
Gartenstadt, Im Grün 19.

Geige mit Zubehör
billig zu verkaufen.
Reisingerstraße 23, St. II.
Ein noch gut erhaltener **schwarzer Herd** zu verkaufen. 7583
Kue. Lindenstr. 9.

Republikanisches Abzeichen
schwarz-rot-gold
Preis 1.50 Mk.
Parteivereine 1.40 Mk.
Bestellungen bei der Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16.

Zur Bedarfszeit
Gute und echte **Oelfarben** in all. Tönen
Lacke, Oelo und Terpentin
Bunte Farben (trocken) aller Art
Fussbodenlack und Parkettwische
Bodenöl u. Stahlspäne
Buntplaspapier u. Bronzen
Ofenlack, schwarz und Silber 7579

Möbelpolitur
Tischierlein u. Pinsel
Celluloid-Türschoner, -Tapeten
und sonstige Celluloid-artikel bei **Eduard Isenmann**
Brucisal
Durlacherstrasse 14
Telephon 70.

Brucisal
Durlacherstrasse 14
Telephon 70.

Brucisal
Durlacherstrasse 14
Telephon 70.

Änderung der Sprechstunde
Von heute ab finden meine Sprechstunden von 11-12 Uhr vormittags und 2-4 Uhr nachmittags statt.
Dr. Heidingsfeld
Kaisersstraße 50. 7590

Christbäume!
Achtung!
Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß ich nicht mehr wie seit Jahren im Feldschlößchen, sondern im **Colo-seums-Garten**, Waldstr. 16-18, meine **Schwarzwaldelektannen** in größter Auswahl von 1/2 bis 10 Mtz. hoch, verkaufe.
Anton Schlager.

Bezirks-Konsum-Verein Baden-Baden
c. G. m. b. H.
Neuerst günstige Kapital-Anlage!
Zur Erbauung einer Betriebszentrale mit moderner Groß-Bäderlei auf unserem Grundstück in Döb, gibt unsere Genossenschaft Hausanteilscheine aus im Werte von 50, 100, 250, 500 und 1000 Mark.
Diese Anteilscheine werden mit 5 1/2 Prozent verzinst.
Einlagen können in unseren sämtlichen Warenverteilungsstellen und in unserem Büro, Kaiserstraße 1, in Baden-Baden getätigt werden. — Die Sonderbestimmungen liegen in unseren sämtlichen Warenverteilungsstellen auf.
Der Vorstand. 6883*

Durlacher Anzeigen.

Kleinvverkaufspreise für Obst und Gemüse
für die Zeit vom 15.-22. Dezember 1921.
Gemüse:
Kartoffeln Pfund bis 450 J
Fenchel Stück bis 80 J
Feldsalat Pfund bis 200 J
Gehobenes ohne Kraut Pfund bis 120 J
Karotten mit Kraut Pfund bis 120 J
Kartoffeln Pfund bis 120 J
Kartoffeln Pfund bis 800 J
Kartoffeln Pfund 30 J
Kartoffeln Stück bis 30 J
Kartoffeln Pfund bis 280 J
Kartoffeln Pfund bis 60 J
Kartoffeln Pfund 140 J
Kartoffeln Pfund bis 80 J
Kartoffeln Pfund 130 J
Kartoffeln Pfund 30 J
Kartoffeln Pfund 50 J
Kartoffeln Pfund 70 J
Kartoffeln Pfund bis 140 J

Obst:
Erdbeeren nach Größe
Erdbeeren Pfund bis 250 J
Erdbeeren Pfund bis 250 J
Erdbeeren Pfund bis 200 J
Erdbeeren Pfund bis 200 J

Christbäume, Kottanne bis 1 m Länge St. b. 500 J
bis 2 m Länge St. b. 900 J
Christbäume, Weißtanne bis 2 m Länge St. b. 1200 J
— Vorliegende Preise wurden im Benehmen mit der Preisprüfungs-Kommission Karlsruhe festgesetzt. Das Verühren des Obstes von Seiten der Käufer ist verboten.
Durlach, den 10. Dezember 1921. 2777
Stadt. Preisprüfungsamt.

Bruchsaler Anzeigen.
Karten-Ausgabe
am Dienstag, den 13. Dezember 1921, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Buchhandlung **W. B. B.** 2776

Bruchsal, den 12. Dezember 1921.
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.
Kartenausgabestelle.

Durlacher Anzeigen.
Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt
Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß infolge Umzugs die Kasse am 15. Dezember 1921 den ganzen Tag geschlossen ist. Ab 16. Dezember 1921 befinden sich die Geschäftsräume im eigenen Verwaltungsgebäude, Ludwigring 10 hier — früheres Soldatenheim. Die Kassen- und Schalterräume sind für das Publikum geöffnet.
Vormittags von 10 Uhr bis 1 Uhr,
Nachmittags von 3 Uhr bis 5.15 Uhr,
Samstags nur von 9 Uhr bis 1 Uhr.
Diese Zeiten wurden mit Rücksicht auf die Beschäftigungszeiten in der Industrie festgesetzt und werden sich wieder ändern, sobald dies die Beschäftigungszeiten in der Industrie der Fall ist.
Rastatt, den 12. Dezember 1921.
Der 1. Vorsitzende:
Rohann Brenner.

Durlacher Anzeigen.
Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt
Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß infolge Umzugs die Kasse am 15. Dezember 1921 den ganzen Tag geschlossen ist. Ab 16. Dezember 1921 befinden sich die Geschäftsräume im eigenen Verwaltungsgebäude, Ludwigring 10 hier — früheres Soldatenheim. Die Kassen- und Schalterräume sind für das Publikum geöffnet.
Vormittags von 10 Uhr bis 1 Uhr,
Nachmittags von 3 Uhr bis 5.15 Uhr,
Samstags nur von 9 Uhr bis 1 Uhr.
Diese Zeiten wurden mit Rücksicht auf die Beschäftigungszeiten in der Industrie festgesetzt und werden sich wieder ändern, sobald dies die Beschäftigungszeiten in der Industrie der Fall ist.
Rastatt, den 12. Dezember 1921.
Der 1. Vorsitzende:
Rohann Brenner.

Durlacher Anzeigen.
Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt
Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß infolge Umzugs die Kasse am 15. Dezember 1921 den ganzen Tag geschlossen ist. Ab 16. Dezember 1921 befinden sich die Geschäftsräume im eigenen Verwaltungsgebäude, Ludwigring 10 hier — früheres Soldatenheim. Die Kassen- und Schalterräume sind für das Publikum geöffnet.
Vormittags von 10 Uhr bis 1 Uhr,
Nachmittags von 3 Uhr bis 5.15 Uhr,
Samstags nur von 9 Uhr bis 1 Uhr.
Diese Zeiten wurden mit Rücksicht auf die Beschäftigungszeiten in der Industrie festgesetzt und werden sich wieder ändern, sobald dies die Beschäftigungszeiten in der Industrie der Fall ist.
Rastatt, den 12. Dezember 1921.
Der 1. Vorsitzende:
Rohann Brenner.

Durlacher Anzeigen.
Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt
Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß infolge Umzugs die Kasse am 15. Dezember 1921 den ganzen Tag geschlossen ist. Ab 16. Dezember 1921 befinden sich die Geschäftsräume im eigenen Verwaltungsgebäude, Ludwigring 10 hier — früheres Soldatenheim. Die Kassen- und Schalterräume sind für das Publikum geöffnet.
Vormittags von 10 Uhr bis 1 Uhr,
Nachmittags von 3 Uhr bis 5.15 Uhr,
Samstags nur von 9 Uhr bis 1 Uhr.
Diese Zeiten wurden mit Rücksicht auf die Beschäftigungszeiten in der Industrie festgesetzt und werden sich wieder ändern, sobald dies die Beschäftigungszeiten in der Industrie der Fall ist.
Rastatt, den 12. Dezember 1921.
Der 1. Vorsitzende:
Rohann Brenner.

Durlacher Anzeigen.
Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt
Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß infolge Umzugs die Kasse am 15. Dezember 1921 den ganzen Tag geschlossen ist. Ab 16. Dezember 1921 befinden sich die Geschäftsräume im eigenen Verwaltungsgebäude, Ludwigring 10 hier — früheres Soldatenheim. Die Kassen- und Schalterräume sind für das Publikum geöffnet.
Vormittags von 10 Uhr bis 1 Uhr,
Nachmittags von 3 Uhr bis 5.15 Uhr,
Samstags nur von 9 Uhr bis 1 Uhr.
Diese Zeiten wurden mit Rücksicht auf die Beschäftigungszeiten in der Industrie festgesetzt und werden sich wieder ändern, sobald dies die Beschäftigungszeiten in der Industrie der Fall ist.
Rastatt, den 12. Dezember 1921.
Der 1. Vorsitzende:
Rohann Brenner.